

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnement: Preis pro Nummer 2 Pfennig, monatlich 60 Pfennig, vierteljährlich 1,80 Mark, halbjährlich 3,30 Mark, jährlich 6,30 Mark, frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 6 Pfennig, Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pfennig.
 Abonnement: 1,30 Mark pro Monat.
 Eingetragen in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse.
 Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2,50 Mark, für das übrige Ausland 4 Mark pro Monat.
 Postabonnements nehmen an Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Ersteinst. 1894.

Die Interaktions-Gebühr
 Beträgt für die sechsmonatige Annoncenzeit aber deren Raum 60 Pfennig, für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Berichtigungs-Anzeigen 30 Pfennig. Kleine Anzeigen, das ist gedruckt Wort 30 Pfennig, (zweifach 2) gedruckt Wort 20 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig. Stellenanzeigen und Stellenanzeigen zeigen das erste Wort 10 Pfennig, jedes weitere Wort 5 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraph-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Mittwoch, den 28. Juni 1916.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Gesunde Wirtschaftspolitik.

Kurz vor dem Schluß der Pariser Wirtschaftskonferenz stellte der „Manchester Guardian“, ein liberales Organ, hinter dem die englischen Handels- und Industriekreise stehen, noch einmal alle Gründe zusammen, die gegen die Errichtung von Zollmauern gegen die Zentralmächte nach dem Kriege sprechen. Es scheint, daß von allen Ländern die englischen Kapitalisten am meisten sich von leidenschaftlichen, durch die jeweilige Kriegslage beeinflussten Stimmungen frei gehalten haben. Sie überlegen, welche Politik ist uns und unseren Verbündeten förderlich, wie kommen wir am schnellsten wieder zu einer gesunden Wirtschaftsführung. Das Ergebnis dieser Betrachtungen ist für sie dann Richtschnur, sie lassen sich den Kopf nicht durch Haß- und Revanchegeanken benebeln. Dienen sie damit ihrem eigenen Lande und ihren eigenen Interessen am besten, so fördern sie auf der anderen Seite auch die Voraussetzungen für einen dauernden Frieden, der nur dann ein sicherer Friede sein kann, wenn nicht durch Errichtung gegenseitiger hoher Zollmauern und durch Schikanierungen aller Art die Erbitterung aufs neue geschürt wird.

Die Alliierten sollen den Zentralmächten keine Vorzugszölle gewähren und sich gegenseitig in irgendwelcher Form für etwaige Ausfälle entschädigen, die durch die Erschwerung des Handels mit den Zentralmächten entstehen. Aber England fragt ganz richtig: Was können wir mehr tun, als allen unseren Verbündeten Freihandel zu gewähren? Und sie können auch den Argumenten nicht folgen, daß Deutschland große Warenlager ansammle, um dann mit diesen Waren, sobald der Friede geschlossen ist, die bis dahin feindlichen Länder zu überschwemmen. Zur Fabrikation auf Vorrat gehört eine Menge Rohmaterial, und wie kann sich Deutschland während des Krieges in den Besitz genügender Rohstoffe setzen! Aber selbst wenn das möglich wäre, so kalkuliert das kaufmännische England: Könnte man sich irgend etwas vorteilhafter für das verwüstete Frankreich und das verarmte Belgien denken, als daß ein feindliches Land, infolge des Mangels an Käufern zu gutem Preise, gezwungen wäre, Materialien und Geräte, die für den Wiederaufbau nötig sind, billiger zu liefern, als sie in Belgien oder Frankreich hergestellt werden könnten. Außerdem solle in Betracht gezogen werden, daß die Waren auf Kredit geliefert werden müßten, daß also die deutschen Hersteller Zahlung in Produkten des Landes annehmen müßten.

Hier ist der große Unterschied im Denken zwischen Protektionist und Freihändler. Der Schutzzöllner begreift nicht, daß seine Landsleute Waren aus dem Ausland kaufen, weil sie ihnen von Nutzen sind. Er sieht jede Gewichtstone fremder Ware als eine feindliche Invasionstruppe an, während der eigene Export den Gegenangriff ausführt. Diese Art Denken liegt dem Freihändler nicht, er will die Diskussion über Wirtschaftspolitik nicht durch solche Argumente trüben lassen, und deshalb verzieht England weder die Wünsche seiner Freunde noch die Bestrebungen der Zentralmächte, die beide nach der gleichen Richtung gehen.

Aber es gibt auch noch eine andere Gefahr, die durch hohe Schutzzollmauern der feindlichen Gruppen gegeneinander heraufbeschworen wird. Die Länder werden geschwächt, weil sie nicht die Möglichkeit haben, billig einzukaufen. Gestärkt werden nur die Neutralen, die mit jeder Gruppe von Ländern handeln können und dabei glänzende Geschäfte machen, so wie sie es schon im Kriege taten.

Die Pariser Wirtschaftskonferenz hat nicht das letzte Wort gesprochen. Bei den Parlamenten liegt die Entscheidung, und sie kann erst fallen, wenn der Friedensschluß eine klare Ueber-sicht über die Lage gestattet. Es ist anzunehmen, daß die parlamentarischen Körperschaften dann manches anders beurteilen werden, und wir dürfen hoffen, daß nicht nur in England und Frankreich, sondern auch bei uns die Volksvertretungen Vorteile und Schädigungen genau gegeneinander abwägen und nicht über dem Willen, den Gegnern von gestern zu schaden, die Räte und Bedürfnisse des eigenen Volkes vergessen.

Holländische Stimmen über die Pariser Wirtschaftskonferenz.

Aus Amsterdam schreibt man uns: Das Haager „Waderland“ vom 22. Juni schreibt: „Die Beschlüsse der Pariser Konferenz sind nicht danach angetan, um bei der Menschheit im allgemeinen das Vertrauen in die nächste Zukunft zu verstärken. Das Resultat der Arbeit der Zusammenkunft ist, daß, während dieser Krieg noch in vollem Gange und ein Ende nicht abzusehen ist, sorgfältig und systematisch für das notwendige Material gesorgt wird, um in Zukunft neue Kriege zu entzünden. Man stelle sich vor, wie weit der Friedenszustand, auf den man hofft, von einem wirklichen Frieden sein wird, wenn die Völker der einen Gruppe 1. ihre Produkte nicht nur zeitlich, sondern sogar dauernd vom Markt der anderen ausgeschlossen sehen; 2. wenn ihr Handel Ausnahmemahregeln unterworfen wird, die etwa jenen gleichen, denen vor der Öffnung der Häfen Japans und Chinas die europäischen Händler dort ausgesetzt waren; 3. wenn sie sich gewisse, für ihre Industrie unentbehrliche Rohstoffe, die sie selbst nicht besitzen, dagegen ihre früheren Gegner, von jenen

systematisch verteigert sehen usw.“ Das „Waderland“ sieht indes einige Lichtpunkte. Erstens erwartet es, daß die Regierungen verständiger und gemäßigter sein werden als die Konferenz. Weiter werden vermutlich die Zeit und die Notwendigkeiten der Praxis die Schärfe der von der Konferenz an die Regierungen gestellten Forderungen, die möglicherweise in Gesehe umgesetzt werden, mildern. Im ganzen aber tragen die Maßregeln, die sich als Abwehrmaßregeln bezeichnen, was sie zum Teil auch sind, aufzufuhr den Charakter der Ausschließung und Rache.

In demselben Geist schreibt „Het Nieuws van den Dag“ vom gleichen Tage: „Wenn es möglich wäre, die Hypothesen eines geistvollen Phantasten zu verwirklichen und zum Beispiel mit Hilfe eines dienstfertigen Kometen den Erdball in zwei Stücke zu zerprengen, so daß der „alliierte“ Teil fortan unabhängig vom „zentralen“ durch den Weltraum wandelte — ja, dann wäre das Ziel einer solchen Konferenz von selbst erreicht. Aber was soll man von dem ökonomischen Wahnsinn — der Folge des militärischen — sagen, der in der Zukunft zwischen den zivilisierten Nationen, die nach einer Jahrhunderte langen Vorbereitung einer internationalen Einheit auf vielerlei Gebieten zuzustreben begannen, eine chinesische Mauer aufzurichten will? Wenn je die Urzeiger der Zeit rückwärts gestellt wurden, so jetzt — Wenn man den engen Verband verfolgt, der zwischen den modernen Kriegen und den ökonomischen Verhältnissen besteht, dann würde die volle Verwirklichung dieser Pläne kaum weniger bedeuten, als eine Permanenz-erklärung des Kriegszustandes für unbestimmte Zeit und die Gewißheit, daß sich nach einem Friedensschluß infolge Erschöpfung alle wieder auf eine Reihe neuer Kriege vorbereiten werden. Und dann können wir unsere europäische Kultur und Entwicklung begraben. . . . Aber zwischen Kriegen und Entwürfen und ihrer Ausführung liegt manchmal ein tiefer Abgrund. Wenn wir uns nicht täuschen, sehen wir schon in der unbestimmten und zögernden Einleitung der Mitteilung über das Resultat der Konferenz — z. B. der vielsagende Vorbehalt: „während einer festzustellenden Anzahl von Jahren“ — die Zeichen, daß man sich an die Sache nicht recht heranwagt und einigermaßen vor den Folgen solcher Experimente bangt. Wie dem auch sei — kein verderblicherer und reaktionärer Schritt wäre denkbar, als eine solche Teilung der Kulturwelt in zwei feindliche Lager für eine unabsehbare Zeit auch nach dem Kriege.“

Die schwindende Utopie.

Uns wird geschrieben: „Roch immer finden Kongresse statt, die einen deutsch-österreichisch-ungarischen Zollverband propagieren. Aber im allgemeinen ist doch die Hochflut der Naumannschen Sentimentalitäten vorbei. Um so besser! Wenn eingesehen wird, daß ein Wirtschaftsverband unmöglich ist, so mehrt sich doch wenigstens die Zahl jener, die ernstlich das Mögliche wollen. Rechtslehrer und Rechtspraktiker mühen sich mit verdienstvollem Eifer um eine Vereinfachung des mitteleuropäischen Rechtswesens. Die Sozialpolitik und besonders das Problem der österreichisch-ungarischen Auswanderung nach Deutschland hat leider noch keine für die Größe ihrer Aufgabe enthufladmierten Bearbeiter gefunden. Dagegen wird in Süddeutschland und natürlich auch in der Donaumonarchie eifrig an der Hebung des Binnenwasserstraßenverkehrs gearbeitet, im besonderen an eine Verbindung des Rheins und der Oder mit der Donau. Im September sollen diese Ideen auf einer Konferenz der Donauländer behandelt werden, die in Verbindung mit einer Donauausstellung in Budapest stattfinden soll.“

Der naive Leser horcht auf und fragt erstaunt, warum es erst des Weltkrieges bedurfte, um diese so wichtigen Verkehrsprobleme spruchreif zu machen. Der Grund ist die Hochschutzzöllnererei. Die ungarischen und österreichischen Landwirte wehrten sich gegen das Balkangetreide und -vieh nicht nur mit Zöllen, sondern auch durch systematische Vernachlässigung des Verkehrs. So wurde die Donauschiffahrt gestemmt, eine ordentliche Regulierung der Stromschnellen am Eisernen Tor vermieden und eine fabelhafte Frachthöhe erzielt. Vor dem Kriege kostete die Fracht von den rumänischen Hauptausfuhrhäfen bis Wien 40 Kronen die Tonne, dagegen die Seeacht um ganz Süd- und Westeuropa herum nach Rotterdam 6 bis 7 Mark, die Rheinfracht Rotterdam—Mannheim 4 bis 6 M.!

Zu einer Behebung des Donaufrachtsverkehrs fehlt vorläufig ziemlich alles: Ein einheitliches Schiffsahrtrecht, klare staatspolitische Verhältnisse, niedrige Frachtlage, eine gute Regulierung zur Vermeidung überflüssigen Umschlagens der Ladung, genügende Winterhäfen, Ergänzung der Berg- und Talfrachten. Der letzte Punkt ist ein Sonderproblem für den Staat, der planmäßig Handel und Schifffahrt auf der Donau entwickeln will. Die Dampfer bringen die voluminöse Getreidefracht zu Verge und haben in der Talsahrt nur die hochwertige, wenig voluminöse Stückgutfracht der gewerblichen Erzeugnisse. Sollte aber Donau und Oder verbunden werden, so wäre auch diese Frage teilweise glücklich gelöst: Oberschlesien lände in Innerösterreich, Ungarn und dem Ballan ein für seine Rolle sehr aufnahmefähiges Gebiet.

Im Kriege ist das rumänische Getreide nicht ausgespart worden. Es ist sogar von den Zentralmächten fabelhaft gut bezahlt worden. Nachdem nach langem Harren und Sorgen seine Einfuhr in großen Mengen gestoppt war, wurden die Transportschwierigkeiten erst in vollem Umfang ersichtlich.

Genau verlangt der Ausbau des mitteleuropäischen Wasserstraßennetzes einen Milliardenauswand. Und das Geld, das jetzt unfruchtbar vergeudet wird, wird nach dem Kriege rar und teuer sein.

Die Antikriegsbewegung in Rumänien.

Einem Bukarester Bericht der Wiener „Arbeiterzeitung“ entnehmen wir einige Einzelheiten über die telegraphisch bereits gemeldete kriegsfeindliche Manifestation unserer rumänischen

Genossen am 18. d. M. Die Russophilen veranstalteten an demselben Tage eine kriegsfeindliche Manifestation im Daciaaal, an der circa 2500—3000 Menschen teilnahmen, nachdem die Agenten der Kriegspartei in den Vorstädten Besucher gegen Bezahlung und freien Wein angeworben hatten. Doppelt so groß war aber die Zahl derjenigen, die dem Ruf der sozialistischen Partei gefolgt waren.

Den Vorsitz auf der sozialistischen Versammlung im Daciaaal Siboll führte der Parteisekretär Genosse Marinescu. Unter lebhaftem Beifall der Versammlung wurde zunächst ein Begrüßungs-telegramm an den Genossen Karl Liebknecht geschickt. Dann sprachen die Genossen Dr. Galin, Balineanu, Genossin Dr. Arbore und Dr. Rakovski, worauf folgende Resolution angenommen wurde:

„Die Versammlung verdammt die hinterlistige Politik, die sich zur Mitschuldigen an der Neutralitätsverletzung durch die Jaren-armee gemacht hat und so zum Werkzeug fremder Eroberungspläne herabgesunken ist.“

Die Versammlung fordert alle Arbeiter und Bürger auf, den Kampf für die Verbilligung der Lebensmittel, für die Sonntagsruhe, für die Lohnerhöhungen, für den Frieden und für die Neutralität und endlich für das allgemeine Wahlrecht mit aller Kraft zu führen.“

Bukarest, 27. Juni. (B. L. W.) Im eigenen Heim hielten gestern die Sozialisten eine öffentliche Versammlung ab, in der die Redner auf die Propaganda für den Eintritt Rumäniens in den Krieg hinwiesen, die von den Nationalisten seit einiger Zeit wieder mit besonderer Schärfe aufgenommen worden sei und die es notwendig mache, daß die Volksmassen, die vom Kriege nichts wissen wollten, ihrerseits für ihre Auffassung mit allen zulässigen Mitteln einträten. Die Redner betonten, daß die rumänische Sozialdemokratie keinen Krieg wolle; ein weites Arbeitsgebiet des rumänischen Volkes liege in der Lösung vieler innerer Fragen, die von größerer Bedeutung sei als die künstliche Propaganda der Nationalisten.

Blutiger Zusammenstoß in Galatz.

Bukarest, 27. Juni. (B. L. W.) Meldung des Wiener I. I. Korrespondenz-Bureaus. Nachdem eine Versammlung der organisierten Arbeiter in Galatz am Sonntag von den Behörden verboten worden war, wurde der allgemeine Ausstand erklärt. Gestern vormittag zogen einige Hundert Arbeiter der Gasanstalt, der Straßenbahn und der Mühle Steau durch die Straßen und griffen das Militär, das sie an dem Umzuge hindern wollte, mit Steinen und Stöcken an. Nach der amtlichen Darstellung gaben sie einige Revolverkugeln auf die Soldaten ab, deren Führer sodann das Signal „Abzug“ blafen und, als die Menge nicht auseinanderging, eine Salve abgeben ließ. Vier Arbeiter wurden getötet, fünf verwundet. Die Ursache zu der Kundgebung liegt in der Teuerung und in dem Mangel an Lebensmitteln.

Der französische Tagesbericht.

Paris, 27. Juni. (B. L. W.) Amtlicher Bericht vom Montag nachmittags. Ein Versuch des Feindes gegen einen kleinen Posten bei Fille Morde wurde mit Handgranaten abgewiesen. Auf dem linken Maasufer Artillerielampf, besonders lebhaft in der Gegend des Toten Mannes. Auf dem rechten Ufer schießerte ein während der Nacht gegen unsere Stellungen westlich des Werkes Thiaumont unternommener Angriff der Deutschen unter unserem Sperr- und Infanteriefeuer vollständig. Zwischen den Wäldern von Fumin und Chenois nahmen wir im Laufe einer örtlichen Unternehmung einige Stücke eines feindlichen Grabens. Von den übrigen Abschnitten werden nur Artillerielämpfe gemeldet. Auf der übrigen Front war die Nacht ruhig.

Paris, 27. Juni. (B. L. W.) Amtlicher Bericht vom Montag abend. In der Champagne zerstörte unsere Artillerie Arbeiten des Feindes im Norden von Ville-sur-Tourbe. An der Front von Verdun keine Infanterietätigkeit. Im Laufe des Tages nahm das Artilleriefeuer an beiden Ufern der Maas an Heftigkeit ab; der Artillerielampf blieb jedoch in der Gegend der Höhe 804 sehr lebhaft. In den Vogesen riefen Schüsse unserer Batterien auf die Stellungen der Deutschen östlich von Chapelottes eine Explosion in zwei Munitionslagern hervor. Von der übrigen Front ist nichts zu melden.

Belgischer Bericht: Nüchtern lebhafter Artillerielampf in dem Abschnitt südöstlich von Nieupoort, ebenso gegen Dymuiden und Steenstraete. Handgranatenlamp in der Gegend von Steenstraete.

Die englische Meldung.

London, 26. Juni. (B. L. W.) Bericht aus dem Hauptquartier. Wir führten letzte Nacht eine Anzahl erfolgreicher Unternehmungen an verschiedenen Punkten der Front aus. Die feindlichen Linien wurden an zehn verschiedenen Punkten der Front durchbrochen. Unsere Abteilungen verursachten dem Feinde beträchtliche Verluste und machten mehrere Gefangene. Unsere Verluste waren überall sehr gering. Im Zusammenhang mit diesen Unternehmungen herrschte auf beiden Seiten lebhafteste Artillerietätigkeit. Unsere Artillerie feuerte mit großem Erfolg. Die feindlichen Laufgräben wurden an vielen Stellen erheblich beschädigt. Durch unsere schwere Artillerie wurden vier große Explosionen in den rückwärtigen feindlichen Linien zwischen Pozieres und Montauban verursacht.

Heute war unsere Artillerie wieder an zahlreichen Punkten tätig. Den feindlichen Verteidigungswerken wurde beträchtlicher Schaden zugefügt. Ein feindlicher Drachensalon wurde außer den bereits gemeldeten gestern von unseren Flugzeugen zerstört, so daß die Zahl auf sechs von insgesamt fünfzehn stieg. Alle sechs Ballons sah man in Flammen gehüllt niederstürzen.

Pariser Besorgnisse.

Paris, 27. Juni. (B. Z. B.) Aus den Pariser Zeitungen geht hervor, daß die letzten Fortschritte der Deutschen vor Verdun wieder eine neue Panik hervorgerufen haben. Die Militärberichterstattung geben zu, daß von einer Ermüdung der Deutschen immer noch nichts zu spüren sei, und daß dieses Schicksal nur durch eine kräftige Gegenoffensive auf einem anderen Punkt der Westfront abgewendet werden könnte. Herbe ruft wieder die Hilfe der Engländer an. Er verwahrt sich dagegen, daß er sich in die Entscheidungen des englischen Oberkommandos einmischen wolle, aber er ruft aus: Wenn Verdun nicht fallen soll, so muß die Gegenoffensive jedenfalls in Eile erfolgen. Der „Tempo“ hält es seinerseits für notwendig, das Publikum vor der Illusion zu warnen, als ob eine Gegenoffensive, selbst wenn sie irgendwo gelänge, zu einer kräftigen Beendigung des Krieges führen könnte. Der Krieg sei jetzt vollständig ein industrieller Kampf geworden. Das Beispiel der österreichischen Offensiven in Italien und das Eingreifen der russischen Offensiven in der Bukowina beweisen, daß die Durchsührung einer Offensiven davon abhängt, daß die angreifenden Armeen über ein ungezähltes Material verfügen können. Deshalb können die Entente-Armeen auf einen entscheidenden Sieg rechnen, wenn sie auf allen Fronten über die nötigen Vorräte an Kriegsmaterial verfügen werden.

Der russische Kriegsbericht.

Petersburg, 27. Juni. (B. Z. B.) Amtlicher Bericht vom 26. Juni.

Westfront. In einigen Unterabschnitten der Stellungen von Jabobstadt und Dinaburg heftiges Artilleriefeuer. Ostlich von Goroditschje (22 Kilometer), nördlich Baranowitschi griff der Feind in der Nacht zum 26. Juni nach eingehender Feuerzubereitung unsere Stellungen bei der Meierei Strobowa (6,5 Kilometer östlich Goroditschje) an. Er wurde zurückgeworfen. Zur selben Zeit wurde eine feindliche Abteilung, die längs der Chaussee von Slud gegen unsere Schtschura-Stellung vorgehen wollte, durch unser Feuer abgewiesen. Nordöstlich des Bygonowskoje-Sees scheiterte ein gestern morgen von den Deutschen gegen den Hof Salushe 5 Werst südwestlich Ljopol unternommener Angriff. Mittags nahm der Feind den Angriff an dieser Stelle in größerem Umfang unter dem Feuerschutz seiner leichten und schweren Artillerie wieder auf.

Gestern morgen starben den Heldentod als Flieger der Unterleutnant Krassinow und der Unteroffizier Wladimirov.

Am Tyr-Abschnitt, im Raume Koll-Sokol, beschossen die Deutschen unsere Stellungen mit schwerstem Geschütz und trugen einige Angriffe trübsaligen Charakters vor, die jedoch alle erfolgreich abgewiesen wurden. Wiederholte geschlossene vorgebrachte Angriffe bei Liniewa am Stochob brachen in unserem Feuer zusammen. Dabei verfolgte eine unserer Kompagnien den Feind über das offene Angriffsgelände und nahm 46 Deutsche, darunter einen Offizier, gefangen.

An der Straße von Luel und weiter südlich ist die Lage unverändert. Feindliche Teilangriffe auf Jaturce wurden abge schlagen.

Kaukasien—Bukowina. In den Dnjestr-Krümmungen gingen unsere Don-Kosaken bei Snowidow (21 Kilometer südwestlich Buczacj) kämpfend über den Fluß, warfen Teile feindlicher Vorhut zurück, besetzten die Dörfer Sierkierzyn (4 Kilometer westlich) und Pietrow (3,5 Kilometer südlich Snowidow) und nahmen 6 Offiziere und 350 Soldaten gefangen.

In Raume von Kimpolung besetzte unsere Kavallerie nach Kampf die feindlichen Stellungen bei Pozorritta (6,5 Kilometer) westlich von Kimpolung.

Nach ergangenden Meldungen nahmen wir an der Straße Gurahumora—Ragjila (10,5 Kilometer nördlich von Gurahumora) auf den Bahnhöfen große Holzlager und 31 vom Feinde zurückgelassene Waggons fort. Weiter nach Süden vorgehend kamen wir auf dem Wege nach Transylvanien bis an die Berge vor.

Kaukasus. Im Abschnitt von Trapezunt wurden nächtliche Angriffe der Türken bei Platana und Djebiezil durch Feuer und Handgranaten abgewiesen. Auf dem rechten Euphratufer griffen die Türken mit Tagesandruck an und eroberten die Höhen von Kurk (7 Kilometer). Gegen Mittag wurden sie jedoch wieder von den Höhen hinabgeworfen.

Im nördlichen Mesopotamien griff der Feind nach Artillerievorbereitung in Richtung auf Nebanduz an. Er drang anfangs in einen Teil unserer Gräben ein, wurde aber gleich wieder durch einen Bajonetangriff hinausgeworfen, wobei er vor unseren Stellungen Tote und Verwundete zurückließ. Die türkische Offensiv aus der Richtung Bagdad ist von unseren Truppen mit Verdrängung aufgehalten worden. Sie fügten dem Feinde schwere Verluste zu.

Meldung der italienischen Heeresleitung.

Rom, 26. Juni. (B. Z. B.) Amtlicher Bericht. Dem starken und wirksamen Feuer unserer Artillerie am 24. Juni folgte am 25. ein kräftiges Vorgehen der Infanterie von Vallarsa bis zur Hochfläche der Sieben Gemeinden. Entsprechend unserem entschlossenen angreifenden Verfahren ging der Feind schnell zurück und leistete nur noch und nach an einigen ihm günstigen Punkten Widerstand, wo er durch die stürmische Verfolgung unserer Truppen überwunden wurde. Im Vallarsa haben wir Raoffi und die vom Gegner sorgfältig ausgebauten südwestlichen Abhänge des Monte Lemerle erobert. Der Feind sprengte die Brücke von Fogi und steckte Aste, Santa Anna und Staineri in Brand. An der Front zwischen Pofina und Astach wurden kleine feindliche Angriffe am oberen Ende der Täler am Monte Bruche abgewiesen. Unsere Abteilungen begannen gegen den Grund des Pofinatalles vorzugehen. Die größten Fortschritte wurden auf dem rechten Flügel erzielt, wo unsere Truppen die Stellung am Monte Pria Forca besetzten. Abteilungen stießen gegen die ersten Häuser von Arsiere vor. Auf der Hochfläche der Sieben Gemeinden sind im Südwesten unserer Linie der Monte Longora, Gallio, Astago, Cosima und Ormai fest in unserem Besitz. Wir haben die Nordabhänge des Monte Busibollo, des Belmonte, des Panoccio, Barco und Congio besetzt. Im Nordosten haben wir den Monte Timone, den Monte Castellaro und den Monte Contese (westlich von der Cima della Caldiera) erobert. An der ganzen Front fanden wir die Schützengräben voll von Toten, ferner viele Waffen, Lebensmittel, Geliehbedar und sonstiges Material, das der Feind bei seinem ungelegenen Zurückgehen hinterlassen hatte. Unsere Aktion geht kräftig weiter. In Carnien und am Tizozzo besonders starke Artillerietätigkeit im oberen Wittale, wo wir feindliche Linien zerstörten und Explosionen und Brände hervorriefen. Feindliche Flugzeuge ließen einige Bomben in der Umgegend von Ala und auf Padua, Fonzaso, Primolano und Grigno fallen; es gab weder Tote noch Beschädigungen. Unsere Flugzeuge bewarfen feindliche Parks am

Meldung des Großen Hauptquartiers.

Amtlich. Großes Hauptquartier, 27. Juni 1916. (B. Z. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

An der englischen und dem Nordflügel der französischen Front ist es mehrfach zu Patrouillengefechten gekommen. Zahlreiche Gas- und Rauchwolken strichen zu und herüber; sie schädigten die deutschen Truppen nicht und schlugen teilweise in die feindlichen Gräben zurück. Das gegnerische Feuer richtete sich mit besonderer Heftigkeit gegen unsere Stellungen beiderseits der Somme. Durch die Beschädigung von Resle durch die Franzosen sind 23 ihrer Landkente getötet oder verwundet worden.

Rechts der Maas blieben französische Angriffe nordwestlich und westlich des Panzerwerks Thiamont, sowie südwestlich der Feste Rauc ergebnislos. Im Chaptire-Walde wurde eine feindliche Abteilung von 2 Offizieren und einigen Dutzend Leuten überrascht und gefangen genommen.

Ein englischer Doppeldecker ist östlich von Arras im Lustkampf abgeschossen (die Insassen sind verwundet gefangen).

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls von Hindenburg.

Deutsche Abteilungen, die in die russischen Stellungen vorstießen, brachten südlich von Rekan 26 Gefangene, 1 Maschinengewehr, 1 Minenwerfer und nördlich vom Wladzil-See 1 Offizier, 188 Mann, 6 Maschinengewehre, 4 Minenwerfer ein. Feindliche Patrouillen wurden abgewiesen. Der Güterbahnhof von Dinaburg wurde ausgiebig mit Bomben belegt.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls Prinzen Leopold von Bayern.

Die Lage ist unverändert.

Heeresgruppe des Generals v. Linzinger.

Südwestlich von Sokal stürmten unsere Truppen russische Linien und machten mehrere hundert Gefangene. Feindliche Gegenangriffe hatten nirgends Erfolg.

Balkan-Kriegsschauplatz.

Keine besonderen Ereignisse.

Oberste Heeresleitung.

Der österreichische Generalstabsbericht.

Wien, 27. Juni. (B. Z. B.) Amtlich wird veröffentlicht:

Russischer Kriegsschauplatz.

Bei Jabobenz, nördlich von Ruty und westlich von Romo-Poczajew, wurden russische Angriffe abge schlagen; der Feind erlitt überall große Verluste. Bei Sokal schreitet der Angriff der Deutschen fort. Sonst bei unveränderter Lage keine Ereignisse von Belang.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Die Verklärung unserer Front im Angriffsbereich zwischen Brenta und Etsch wurde gestern beendet. Alle aus diesem Anlaß von italienischer Seite verbreiteten Nachrichten über Eroberungen und sonstige Erfolge sind, wie die folgende aus militärischen Gründen erst heute mögliche Darlegung beweist, vollkommen un wahr.

In der Nacht zum 26. Juni begann die seit einer Woche vorbereitete teilweise Räumung der durch unseren Angriff gewonnenen, im Gelände jedoch ungenügenden vordersten Linie. Den folgenden Vormittag setzte der Feind die Beschädigung der von unseren Truppen verlassenen Stellungen fort. Erst mittags begannen italienische Abteilungen an einzelnen Frontteilen zwischen Astach- und Sugana-Tal zaghaft vorzugehen. Im Abschnitt zwischen Etsch- und Astach-Tal hielt die erwähnte Beschädigung gegen die längst verlassenen Stellungen den ganzen Tag, die nächste Nacht und stellenweise noch gestern morgen an. An beiden Tagen wurde an der Front nicht gekämpft. Unsere Truppen verloren weder Gefangene noch Geschütze, Maschinengewehre oder sonstiges Kriegsmaterial.

Raum mehr gehen die Italiener an unsere neuen Stellungen her. Heute früh erst griffen sie den Monte Testa an, wo sie unter schweren Verlusten abgewiesen wurden. Im Pofinatal zwang unser Geschützfeuer mehrere Bataillone zur Flucht. An der läppländischen Front scheiterten feindliche Angriffe am Arn und gegen den Wrgil Brh.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Unverändert.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes von Ossefer, Feldmarschalleutnant.

Monte Rover, südöstlich von Caldonazzo, den Bahnhof Oberdrauburg und Depots in Dellach, Drautal, und riefen überall große Brände hervor; sie kehrten unbeschädigt zurück. Cadorna.

Die türkische Hauptquartiersmeldung.

Konstantinopel, 27. Juni. (B. Z. B.) Amtlicher Bericht. An der Trakfront keine Veränderung. Im Abschnitt des Euphrat machten unsere Abteilungen und unsere Freiwilligen überraschende Angriffe gegen gesteuerte feindliche Truppen und gegen Proviantkolonnen und zerstörten feindliche Telegraphenlinien. In Südpersien östlich von Sermile schwaches gegenseitiges Artillerie- und Infanteriefeuer.

An der Kaukasusfront nichts von Bedeutung am rechten Flügel und im Zentrum. Im Norden von Tschoruk nahmen unsere Verfolgungskolonnen Fühlung mit den Truppen des Feindes, die beschäftigt sind, Befestigungen aufzuwerfen. Eine unserer Erkundungsabteilungen machte einen verwundeten Offizier und drei Soldaten zu Gefangenen. Am 25. Juni morgens warf ein unserer Flugzeuge in wirksamer Weise Bomben auf Depotschiffe des Feindes bei der Insel Tenedos und kehrte trotz heftigen Feuers des Feindes wohlbehalten zurück. Die englischen Schiffe bombardieren ohne militärische Gründe fortgesetzt von Zeit zu Zeit unverteidigte Dörfer an am Ufer des Roten Meeres und richten das Feuer hauptsächlich auf heilige Stätten, Mausoleen und Moscheen. Nach dem letzten Bericht beschloß ein englisches Schiff das Mausoleum

des Scheichs Hamid an dem Ufer von Medina, ein anderes Schiff beschloß den Hafen der Stadt Dscheddah an dem Ufer von Mekka.

Besicht in Deutsch-Ostafrika.

London, 27. Juni. (B. Z. B.) General Smuts berichtet, daß am 24. Juni seine Truppen dem Feinde am Zulugurafuß, vierzig Meilen südlich von Mandent, eine schwere Niederlage beigebracht hätten. Der Feind habe eine starke Stellung in dichtem Busch auf der westlichen Seite des Flusses innegehabt. Er sei des Vordringens in der Front angegriffen worden, während eine andere Abteilung, die nach einem Nachmarsch ankam, ihn in der linken Flanke und im Rücken schloß. Die britischen Truppen machten zahlreiche Gefangene, darunter elf Deutsche. Die englischen Verluste waren unbedeutend. Vier Mann sind gefallen, zwanzig wurden verwundet. Die Verluste des Feindes dagegen sind schwer.

Eine internationale Polemik über die Kriegsursachen und die Friedensfrage.

Die Zeitschrift „Scientia“ veranstaltete Anfang 1915 eine Umfrage über die Kriegsursachen. Ihr Leiter, E. Rignano, hat daraufhin eine Schrift veröffentlicht, in der er die dort gemachten Äußerungen von seinem Standpunkt aus zusammenfaßt und mit einem ausführlichen Entwurf für den Frieden herbeizutritt. Diese Schrift ist soeben bei Orell Füssli in deutscher Uebersetzung und mit einleitenden Kritiken von Ludo Hartmann und Prof. Ramfah Muir aus Manchester erschienen. Hartmann polemisiert gegen die Erklärung der Kriegsursachen, während Muir die pazifistischen Pläne Rignanos unter die kritische Lupe nimmt. Die ganze Arbeit ist für die Gedankengänge der „pazifistischen Imperialisten“ charakteristisch, die glauben, daß sie immer noch „Pazifisten“ bleiben, wenn sie auch den Pazifismus als Resultat des Sieges einer Mächtegruppe erwarten, ohne den schreienden Widerspruch zwischen ihrem pazifistischen Ideal und der Praxis zu sehen, die sie während dieses Krieges betreiben.

Um Pazifist zu sein, reicht es durchaus noch nicht aus, daß man beteuert, man sei in der Zukunft gegen Kriege und für den ewigen Frieden, sondern man muß den Pazifismus auch diesem Kriege gegenüber betätigen, und zwar selbstverständlich nicht etwa in dem Sinne, daß man eine ablehnende Haltung bloß von den Pazifisten des gegnerischen Staates verlangt. Das tut aber Rignano, und so darf man auch ihn ebenso zu den Imperialisten zählen, wie manchen Genossen, obgleich er Pazifist für die Zukunft zu sein glaubt.

In Rignanos Erklärung der Kriegsursachen liegt sicher ein Kern der Wahrheit: er sieht sie im Imperialismus und in dem Rüstungswettbewerbe, sowie im gegenseitigen Mißtrauen. „Bei Bündnissen und Rüstungen ist eben jede Schutzmaßregel gleichzeitig angreifende Natur.“ Ganz ist es aber, wenn er versucht, dem deutschen Imperialismus spezielle Eigenschaften zuzuschreiben, was Hartmann umgekehrt gegenüber dem russischen und englischen tut. Wenn Rignano die Praxis Rußlands in Persien und selbst Italiens in Tripolis näher beobachtet hätte, würde er die gleichen allgemeinen Züge des Imperialismus entdecken; speziell in der russischen Orientpolitik spielt der Zudruck eine unheilvolle Rolle. Die Schuld am Kriege läßt sich darum aus allgemeinen Betrachtungen über den Charakter des Imperialismus nicht feststellen; ebenso wenig können auch die Kriegsursachen für die Zukunft beseitigt werden, wenn dem deutschen „Drang nach dem Osten“ ein Riegel vorgeschoben wäre.

Rignano schlägt folgendes als Sicherung gegen künftige Kriege vor: die Anerkennung des Nationalitätsprinzips, wobei er gleichzeitig für Italien nicht allein Triest und Trentino, Westsibirien und Fiume, sondern selbst einige dalmatische Häfen bzw. Inseln verlangt! Konstantinopel und die Dardanellen sollen internationalisiert und die asiatische Türkei in Einflußsphären unter den Mächten des Viererbundes verteilt werden, wobei Italien Adalia und einen Teil der Westküste Kleinasiens nebst einem ergiebigen Hinterland erhalten müsse. . . . Dazu bemerkt Muir, daß die vollständige Durchführung des Nationalitätsprinzips gar nicht denkbar ist, und erinnert daran, daß die europäischen Mächte in Afrika und Asien verschiedene Nationen unterdrücken. . . . Dann verweist er darauf, daß der Wiener Kongreß seinerzeit durch Verteilung Europas wählte, den Frieden für immer gesichert zu haben. Die vorgeschlagene „unverlethliche“ Verteilung der nicht-europäischen Welt muß entschieden ebenso sehr Schiffbruch leiden, wie die Verteilung Europas auf dem Wiener Kongreß.

Muir wendet sich dann auch gegen erzwungene Rüstungseinsparungen. „Es ist“, meint er, „ja denkbar, daß freiwillige Vereinbarungen ein gewisses Maß von Einschränkungen herbeiführen könnten. Man könnte eine Rüstung einführen oder die Zahl der Truppen vermindern.“ Indes, „wenn die Völker nicht in einmündiger Weise überzeugt werden können, daß sie voneinander nichts zu befürchten haben, wird das alte Weltkriege wieder beginnen, sobald die durch den Krieg verursachte Geldnot behoben sein wird.“ Infolgedessen kommt Muir zum Schluß:

„Die Abrüstung kann nicht gut eine Friedensbedingung bilden. Sie darf nicht als eine Vorstufe eines Dauerfriedens betrachtet werden, wird vielmehr ein automatisches Ergebnis des in anderer Weise gesicherten Dauerfriedens sein.“

Wie sollte aber dieser Dauerfrieden erreicht werden? Da erweist sich die Haltlosigkeit aller pazifistischen Konstruktionen, die durch bloße Rechtsnormen den ewigen Frieden sichern wollen, ohne sich auf die realen Kräfte im Lande zu stützen. Zwar gibt Rignano zu, „daß die jetzt durch den entsetzlichen Weltkriege über den Haufen geworfene sozialistische Internationale nicht verschleudert wird, kraftvoller als je aus der Asche des Weltbrandes hervorzugehen, denn eine ruhige, unbefangene und ganz freie Untersuchung der Ursachen und Ergebnisse des Miesenkrieges wird allen Arbeitern der kriegführenden Länder klar zeigen, daß sie sich nur für kapitalistisch-imperialistische Interessen geschlagen haben, die den gemeinsamen Interessen der Proletariatsklasse der ganzen Erde schmerzhaft entgegengesetzt sind.“ Allein dieses Moment wird bei ihm fernerhin außer acht gelassen und das Hauptgewicht der Friedenssicherung in ein „politisches Organ“ verlegt, das dem Kräfteverhältnis der europäischen Mächte entsprechend zusammengesetzt werden soll. Dieser Plan wird von Muir mit Recht als eine unhaltbare Phantastie abgelehnt. Er weist darauf hin, daß ein solches Organ nicht mehr ausreichen könnte, als seinerzeit der Deutsche Bundestag von 1815 bis 1866, in dem bloß die Großen die Fragen entschieden haben und der die Kriege nicht verhindert hat. Rignano will dann, daß die Kolonien in diesem Organ nicht vertreten sein sollen. Wie denkt er sich aber die Stellung Algeriens, Rußisch-Asiens, der selbständigen englischen Kolonien usw.?

Die Scheidung zwischen Europa und den anderen Weltteilen ist längst ein Anachronismus geworden, insbesondere, nachdem in diesem Kriege auch andere Weltteile aktiven Anteil nehmen. Man sieht daraus, daß, sobald man den Gesichtspunkt verläßt, daß das sozialistische Proletariat die Garantie des Friedens bildet und

allein die herrschenden Klassen zwingen könnte, sich unter allen Umständen zu verständigen. Sobald man in der Forderung der Schiedsgerichtshöfe nicht bloß eine juristische Form der in den sozialen Verhältnissen vor sich gegangenen Aenderung sieht, sondern allein die Macht betrachtet, die den Frieden sichern könnte, jagt man Trugbildern nach, deren Unrealität nur leicht beweisen konnte. Die Pläne der Pazifisten bleiben in der Tat in der Luft hängen, sofern sie nicht aus den wirklichen sozialen Verhältnissen ausgehen. Alle anderen Pläne sind Luftgebilde, die, insofern sie noch mit dem Siege einer Mächtigkeitsgruppe verbunden werden, bloß dazu führen, daß der Krieg verlängert wird, und daß seine negativen Folgen vergrößert werden. (2)

Dunsonby über Friedenspolitik.

In der an den Brief J. A. Hobsons anschließenden Diskussion in den „Daily News“ hat jetzt auch der radikale Abgeordnete Arthur Dunsonby das Wort ergriffen. Er schreibt:

„In Ihrem Leitartikel anlässlich Herrn Hobsons Brief in Ihrer Nummer vom 16. Juni, worin er für die Bezeichnung der Friedensadresse eintritt, sagen Sie: „Lassen wir sie (d. h. die Deutschen) ihr Unrecht gutmachen und ihren Zusammenbruch befennen. Dann werden wir den Grund betreten haben, wo wir von der Wüderung der Strafen sprechen können.“

Das ist eine Ration, selbst nach einer vernichtenden Niederlage, bekannt, im Unrecht gewesen zu sein? Ich kann mich keines solchen Falles entsinnen. Wir fahren fort, zu glauben, daß der militärische Sieg die unbedingte Voraussetzung zu jeder Friedensverhandlung sei, weil, sobald der Krieg einmal begonnen hat, der Wunsch obzustragen alles übrige überschattet. Die Notwendigkeit einer dauernden europäischen Regelung ist aus dem Auge verloren worden, und doch ist diese der einzige reale Gewinn, der sich aus diesem Krieg ergeben kann. Ein Frieden, der diktiert wird, ist immer ein nachträglicher Frieden, und unter solchen Umständen ist eine befriedigende Regelung nicht möglich. Ein gerechter Frieden kann jetzt nur erlangt werden, wenn die Staatsmänner überredet werden könnten, die Wichtigkeit weiterer Opfer einzusehen.

Ich kann sehr wohl die Haltung jener verstehen, die auf den Sieg andringen, weil sie die Oberherrschafft und die Verstümmelung aller Nebenbuhler, den Gewinn von mehr Landgebiet und die Aussicht auf eine sich ausbreitende Welt Herrschafft wollen. Sie glauben, daß die Größe einer Nation von der Macht ihrer Rüstungen und der Größe ihres Gebiets abhängt, und ihr Vertrauen auf die Gewalt ist im Hinblick auf das Ziel, das sie im Auge haben, gerechtfertigt. Immerhin sogar, sie mögen im Blick der modernen Kriegführung Anlaß gehabt haben, ihre Meinungen zu ändern.

Was ich aber nicht verstehen kann, ist die Anschauungsweise jener, die nicht an die Gewalt glauben, die keine weitere nationale Vergrößerung wünschen, die wissen, daß in der Gemeinschaft der Nationen Selbstbestimmung notwendig ist, Frieden herrschen soll und die erkennen, daß ohne Frieden kein Fortschritt und Gedeihen möglich ist. Denken sie so, wie können sie an die Verstrafung einer Nation durch die Schlächtung von Soldaten bei ungeheuren Kosten für uns selbst glauben? Warum nehmen sie an, daß, je länger man einen Krieg fortsetzt, man desto leichter die Differenzen zwischen den Nationen lösen kann? Was bringt sie zu dem Glauben, daß die Demütigung Deutschlands ein friedliches Europa bedeutet?

Verschiedene Nationen sind bankrott, alle Nationen sind geschwächt und das Leiden der Völker ist über aller Beschreibung. Ist das nicht genug? Oder wollen wir den Grad all dieses Elends zu erhöhen fortfahren, auf die Möglichkeit eines militärischen Sieges hin, der uns just instandsetzen würde, Fahnen aufzuziehen und über einen bestiegten Feind zu triumphieren?

Lassen Sie niemand glauben, daß wir für Freiheit und Gerechtigkeit gegen Militarismus und Unterdrückung kämpfen! In einen Krieg wie diesem sind es die Unrechtsmächte, die einander gegenüberstehen. Freiheit und Gerechtigkeit sind das Angebotene feiner der bestehenden Regierungen, Militarismus und Unterdrückung charakterisieren sie — in verschiedenen Graden — alle. Jener andere Krieg muß erst kommen. Es wird der Krieg der vereinigten Demokratie gegen die veralteten Traditionen diskreditierter Regierungen sein.“ (2)

Ein Verein für internationale Annäherung in Petersburg.

Die Petersburger Blätter melden, hat am 12. d. M. im Petersburger Rathaus die konstituierende Versammlung des neugegründeten Vereins für internationale Annäherung Rußlands und des russischen Volkes an andere Länder und Völker stattgefunden. In den Vorstand wurden u. a. gewählt der Akademiker Wscheterew, Senator Jwanow, Rechtsanwalt Kremlew, Dumaabgeordneter Adshemow, Rechtsanwalt Grusenberg — alles Leute, die vorwiegend dem linken Flügel der Kadettenpartei angehören. Laut der „Wost. Bg.“ hat in der ersten Versammlung einer der Gründer des Vereins, Kremlew, eine Rede gehalten, in der er ausführte, der neue Verein stelle sich die Aufgabe, eine Annäherung Rußlands und des russischen Volkes an andere Länder und Völker auf allen Gebieten des geistigen und wirtschaftlichen Lebens herbeizuführen. Solange der gegenwärtige Krieg noch andauere, werde man natürlicherweise diese Annäherung nur an jene Völker und Länder erstreben haben, die sich nicht im Kriegszustand gegen Rußland und seine Verbündeten befänden. Man müsse aber verstehen und an dem Gedanken festhalten, daß unmittelbar nach Beendigung des Krieges alle uns gegenwärtig feindlichen Länder und Völker nicht mehr als unsere Feinde zu betrachten sein würden, und so erscheine schon jetzt, wo Europa am Vorabend des Aufhörens der allgemeinen Völkerschlächtereie stehe, die Begründung eines derartigen Vereins als durchaus zweckmäßig.

Diese Rede hat, bevor sie gehalten wurde, der Petersburger politischen und Militärzensur vorgelegen. (2)

Ein Jahr Kriegselend in Lettland.

Von einem estnischen Genossen wird uns geschrieben: Bereits ein volles Jahr wütet der Krieg in Lettland; nichts von den Schrecken und Verwüstungen des Krieges ist dem lettischen Volk erspart geblieben. Der größte Teil des kleinen Volkes hat die Not und das Elend unmittelbar über sich ergehen lassen müssen und nur ein kleiner Teil steht noch etwas abseits vom Schlachtfeld. Aber auch dieser ist bereits sehr hart von den Kriegsergebnissen mitgenommen.

Als die deutschen Truppen im Frühjahr 1915 in Kurland einbrachen und das Land nach und nach besetzten, wurde Lettland von den Letten größtenteils verlassen. Die russische Administration hat Kurland fast noch gründlicher als Polen und Litauen „geräumt“. In Kurland konnte diese Räumung übrigens leichter durchgeführt werden, weil bei der Mehrzahl der lettischen Bevölkerung aus historischen Gründen eine starke Abneigung gegen die Deutschen und eine heftige Furcht vor der deutschen Eroberung bestand. Die Städte, die Dörfer, die bäuerlichen Einzelhöfe wurden eiligst verlassen, der Flüchtlingsstrom schwoh zu einer Art Völker-

wanderung an und ergoß sich ostwärts über die Düna, zuerst nach Riga, dann immer weiter nach Livland, Estland und in die häufig angrenzenden Gebiete Rußlands. Teile des Flüchtlingsstromes durchwanderten weite Gebiete des zarischen, zahlreiche Bauern mit ihren Familien ließen sich bis nach Sibirien drängen, um dort angesiedelt zu werden. Die wohlhabenderen Schichten, namentlich die Städter, nahmen in russischen Städten, besonders in Petersburg und Moskau Aufenthalt. Der größte Teil der ärmeren Bevölkerung verblieb vorläufig in Südlivland — bei den livländischen Letten. Von der livländischen Bevölkerung waren ebenfalls viele von der Panik ergriffen worden und hatten ihre Heimstätten verlassen. Die leer oder halb leer vorgefundenen Gebäude wurden von den Flüchtlingen besetzt, und immer zahlreicher gestellten sich neue Flüchtlinge hinzu, bis alle einigermaßen bewohnbaren Behausungen in Süd- und Mittellivland überfüllt waren.

Die meisten der Flüchtlinge, die nicht weiter konnten, sind von Mittellivland entflohen und waren bereits bei der Ankunft auf Unterstützung angewiesen. Es handelt sich zum großen Teil um Kinder, Frauen und alte, arbeitsunfähige Leute. Arbeitsfähige Männer sind fast gar nicht anzutreffen. Die jüngeren Männer befinden sich bereits unter den Waffen; ältere arbeitsfähige Männer sind zu den verschiedensten Arbeiten der „Landesverteidigung“ befohlen. — Mit der Ankunft der Flüchtlinge trat auch sofort der fühlbare Mangel an allen Lebensmitteln auf. Die Vorräte waren längst durch die Militärbehörden beschlagnahmt, und für die örtlichen Einwohner war nur wenig zurückgeblieben. Als die Massen der Flüchtlinge kamen, wurde alles, was noch zu finden war, in kurzer Zeit aufgebraucht, und bald herrschte überall Not und Hunger. Erst als die Not bereits als „unerträglich“ erkannt war, bildeten sich nationale lettische Hilfskomitees, denen es übertragen wurde, die an sich sehr ungenügende Unterstützung der Regierung unter die Notleidenden zu verteilen. Diese Hilfe hat gerade hingereicht, den Hungertod der Massen aufzuhalten, übrigens aber auch nur in der ersten Zeit.

Die Größe der Not tritt plastisch vor Augen, wenn man sich vergegenwärtigt, daß diese Massen sich nur mit Hilfe von Kartoffeln und etwas Roggenmehl am Leben erhalten! Dazu die kalten, ungeheizten, überfüllten und daher von Schmutz starrten Lagerstätten, dunkel, weil aus Mangel an Petroleum an eine Beleuchtung nicht zu denken war. Die wenigsten sind mit Winterkleidung versehen. — Fleisch, Butter, Käse, Milch usw. haben die meisten seit Monaten nicht mehr genossen, selbst Kochsalz fehlt gänzlich, ebenso Mehl und alle anderen gewöhnlichen Lebensmittel. Brot ist nur selten anzutreffen, Zucker, Kaffee, Tee usw. zählen zu unerreichbaren Genussmitteln, die bei den Flüchtlingen gar nicht in Frage kommen.

In dieser Not, in diesem Elend darben und sterben ganze Familien. Die Lungenkrankheiten verbreiten sich epidemisch. Frauen und Kinder liegen hilflos daniieder, bis der Tod sie erlöst. . . .

Zu Anfang dieses Jahres wühlten die Zeitungen auf Grund einer statistischen Erhebung der Hilfskomitees zu berichten, die Gesamtzahl der lettischen Flüchtlinge oder solcher, die sich mit den Flüchtlingen in gleicher Lage befänden, erreiche bereits eine Million. Das macht etwa fünf Siebeniel von der Gesamtzahl des lettischen Volkes aus, die vor dem Kriege mit 1,4 Millionen berechnet wurde. Die Zahl der verwüsteten und verlassenen Bauernhöfe wurde mit 50 000 angegeben.

Die Zone der Entvölkerung reicht viel weiter als die Frontlinie. Schon im Herbst wurde in Livland vom Dünaufer ein Landstreifen von 20 Kilometer Breite von Düna bis zur rigaischen Bucht geräumt. Diesem Gebiete parallel laufend wurde ein weiterer Streifen von derselben Breite sehr gründlich ausgereinigt, weil eine Räumung als bedrohlich angenommen wurde. So befindet sich ein großer Teil von Südlivland gleichsam im Vorstadium der Kriegsergebnisse. Die ganze Bevölkerung ist hier noch nicht gesäubert. Aber sie lebt in steter Unruhe, die jede Tätigkeit lähmt.

Auch Riga, die Metropole der baltischen Provinzen, derselben schon im Sommer 1915 der Räumung. Zählte die Stadt vor dem Kriege etwa 600 000 Einwohner, so im Herbst 1915 200 000, unter denen sich zudem viele Flüchtlinge befanden, so daß nur etwa ein Fünftel der früheren Einwohner am Orte geblieben ist.

Diese stolze Großstadt mit den vielen Fabriken und Werkstätten, mit dem großartigen Seehandelsverkehr und Geschäftsleben ist jetzt eine öde Stätte von leeren Häusern, ausgedürrten Fabriken und verschlossenen Geschäften aller Art. Die Fabriken mit Zehntausenden von Arbeitern wurden nach Innerrußland übergeführt. Selbst die städtische Straßenbahn und das Wasserwerk wurden demoliert und das rollende Material der ersteren nach Petersburg geschafft.

Ungemein hart berührt das Schicksal Rigas das Kulturwesen des lettischen Volkes. Es war mit Riga innig verwachsen. Die größeren Städte Kurlands waren in dieser Hinsicht nicht bedeutungslos, aber Riga galt als das Zentrum und war richtunggebend.

Die lettisch-nationale Eigenkultur hatte sich — im harten Kampfe mit den deutschen Oberklassen des Landes und nicht minder mit der russischen Regierungsgewalt — in der Form von Vereinen privaten Charakters eine Organisation zu schaffen gewagt, die für die Fortentwicklung des Volkes von höchster Bedeutung war. Ein Netz von Vereinen der verschiedensten Art umspannte ganz Lettland. Fast alle hatten Beziehungen zu den kulturellen Zentralvereinen in Riga. Daneben hatte Riga die größten lettischen Banken und Kreditinstitutionen aufzuweisen. Hier gab es auch zwei bis drei große lettische Theater, eine Oper, neun lettische Tageszeitungen, von denen einige bis zu 50 000 Abonnenten zählten.

Riga war das Zentrum der lettischen Arbeiterbewegung. Sowohl die legalen wie die illegalen Arbeiterorganisationen hatten in Riga ihre Basis. Die Kämpfe der Rigauer Arbeiter waren Vorbildlich für die gesamte lettische Arbeiterschaft. Während der russischen Revolution wie auch während der Reaktion nach 1906 spielte die lettische Arbeiterschaft Rigas in der russischen Arbeiterbewegung eine hervorragende Rolle.

Mit der Räumung Rigas ist nun dieses Zentrum des lettischen Kulturlebens vorläufig zerstört, außer Funktion gesetzt. Fast alle oben erwähnten Institutionen hörten auf zu existieren, die mühsam aufgebaute große und wichtige Organisation wurde zerstört. Freilich nicht nur in Riga oder durch das Schicksal Rigas; dasselbe Schicksal erlebte ja das ganze Land. Die Flucht des größten Teiles der Bevölkerung war gleichbedeutend mit der Zerstörung dieser für die nationale Eigenkultur der Letten so außerordentlich wichtigen Organisation.

Der Schaden, den das lettische Volk als eine nationale Kulturgemeinschaft erlitten hat, ist einach unberechenbar, und es ist durchaus nicht unbegründet, wenn besorgte Stimmen betonen, daß die Zukunft des lettischen Volkes in Frage gestellt sei. Ueber diese Frage läßt ein lettischer Schriftsteller einen erfahrenen Mann aus dem Volke folgendes sagen:

„Es mag sein, daß der größte Teil der Flüchtlinge über kurz oder lang zurückkehren und den heimatischen Boden wieder bearbeiten wird. Aber die Zurückkehrenden werden nicht die früheren Menschen sein, obgleich sie doch dieselben sind. Körperlich und geistig

gebrochen und wirtschaftlich bettelarm werden sie wiederkehren. Was kann man von solchen Menschen für die Zukunft erwarten? Das Land ist verwüstet, bis tief unter die Ackererde aufgewühlt, alle bisherige Kulturarbeit fast spurlos vernichtet. Tiefe Gräben durchsuchen das Land bis weit ins Erdinnere, Felder und Wiesen sind aufgerissen, wie von Riesenmaulwürfen durchwühlt, die Wälder auf Jahrzehnte ruiniert, die Obstgärten nur noch eine schöne Erinnerung. Es sind Jahrzehnte erforderlich, um die durchwühlte Erdoberfläche zum fruchtbaren Ackerboden umzugestalten. Jahrzehnte voll Arbeit tüchtiger, starker Männer. Die abgehärmten und heruntergekommenen Kriegslüchlinge werden sich kaum zu dieser Arbeit eignen. Diese Arbeit wird schwerer sein als die Rodung eines Urwaldes. . . . Und wenn die Zurückkehrenden wunderbarer Weise den großen Mut und die unbedingt erforderliche moralische Kraft aufzubringen vermögen; mit bloßen Händen ist doch nichts auszurichten, ohne große materielle Mittel ist dieser Wiederaufbau unserer früheren Kultur unmöglich. Wo sollen aber materielle Mittel herkommen? — Wir sind ruiniert, unserer Gegenwart bedeutet Not und Elend, die Zukunft — Trostlosigkeit. . . .“

Dies ist der jetzige Stand der Dinge in Lettland. Je länger aber der Krieg dauert, desto trostloser gestalten sich Gegenwart und Zukunft des so hart geprüften lettischen Volkes.

Die Trennung für den vorläufigen Ausgleich.

London, 27. Juni. (B. T. B.) Neuntermeldung. Eine Versammlung der irischen Partei in Dublin hat mit allen gegen zwei Stimmen beschlossen, die Vorschläge von Lloyd George, die auf einen vorläufigen Ausgleich in der irischen Frage hingingen, anzunehmen.

Englisch-schwedische Verständigung.

Stockholm, 27. Juni. (B. T. B.) Nach langwierigen Verhandlungen der schwedischen Regierung mit der englischen ist eine Einigung dahin erzielt worden, daß die Frage der Rechtmäßigkeit der englischen Maßnahmen betreffend die Paketpost, welche seinerzeit die Zurückhaltung der Transitpostpakete zwischen England und Rußland hervorrief, bis zur Entscheidung durch ein internationales, unmittelbar nach dem Ende des Krieges zu erwartendes Schiedsgericht verschoben wird, vorausgesetzt, daß die englischen Maßnahmen in ordentlicher Weise von einem englischen Preisgericht geprüft worden sind. Demso drückte die englische Regierung ihre Geneigtheit aus, über gewisse andere Fragen, bezüglich derer eine neutrale Regierung mit der Entscheidung des Preisgerichts sich nicht zurückziehen geben kann, weiter zu verhandeln oder sie gegebenenfalls einem internationalen Schiedsgericht zur Entscheidung vorzulegen. Infolgedessen hat die schwedische Regierung beschlossen, die Beschlagnahme der Transitpakete nicht weiter ausrecht zu erhalten. Dagegen wird künftig von Seiten Schwedens der Transitverkehr solcher Pakete nicht zugelassen, bevor eine zufriedenstellende Ordnung des Postverkehrs von Schweden nach dem Westen tatsächlich durchgeführt ist.

Die italienische Zensur.

Im italienischen Parlament nahm Genosse Marangoni das Wort, um das Verhalten der Zensur anzunehmen. Obwohl Salandra gesagt hat, die Zensur dürfe nicht politischen oder persönlichen Verfolgungen dienen, sondern solle die Sicherheit des Landes und der militärischen Operation überwachern, würden doch immer wieder Leute durch die Zensur mundtot gemacht, die ohne Einspruch des Zensors öffentlich in der Presse angegriffen worden sind. Sogar ein Artikel der „Gazzetta Ufficiale“ ist von der Zensur ausgemerzt worden, als er im „Avanti“ abgedruckt werden sollte. Viele Veröffentlichungen, die lediglich die Berufsinteressen der Arbeiter im Auge haben, werden unterdrückt. Gegen die sozialistischen Organisationen und Stadtverwaltungen wird von der Polizei vorgegangen, wobei es schon vielfach zu Auflösungen gekommen ist, ohne daß die Zensur eine Verteidigung der Verfolgten zuläßt.

In seiner Antwort begnügte sich Salandra, zu sagen, daß die Zensur ein notwendiges Übel sei und daß er ihr in allen nicht die Sicherheit des Landes betreffenden Fragen die größte Weisheit empföhlen hat.

Wilson bezeichnet den Konflikt mit Mexiko als sehr ernst.

Amsterdam, 27. Juni. (B. T. B.) „Times“ erfährt aus New York, daß Präsident Wilson die Kommissionen für auswärtige Angelegenheiten der beiden Häuser des Kongresses vor sich entbot und ihnen mitteilte, daß die Lage außerordentlich ernst sei. Er sprach die Versicherung aus, daß Carranza nur durch Gewalt zum Nachgeben gebracht werden könne; es müßten mehr Truppen abgeschickt und die Blockade energischer durchgeführt werden. Wie verlautet, wird die Stimmung in Mexiko gegen die Vereinigten Staaten immer feindseliger.

Politische Forderungen der chinesischen Marine.

Schanghai, 27. Juni. (B. T. B.) Meldung des Reuterschen Bureau. Der Oberkommandierende der chinesischen Marine Litinghlin, telegraphierte im eigenen Namen und in dem des ganzen Stabes an den Präsidenten und verlangte die Wiederherstellung der provisorischen Verfassung, die Einberufung des alten Parlaments und die Bildung eines neuen Kabinetts, widrigenfalls die Marine sich unabhängig erklären würde. Im hiesigen Hafen liegen vier Kreuzer und vier andere Schiffe unter dem Befehl Litinghlin, in anderen Häfen sind noch 18 andere Schiffe, deren Haltung ungewiß ist.

Letzte Nachrichten.

Vom II-Boottkrieg.

Madrid, 27. Juni. (B. T. B.) (Meldung der Agence Havas.) Aus Melilla (Spanisch-Marokko) wird gemeldet, daß der Dampfer „Emanuel“ dort mit 41 Mann von der Besatzung des japanischen Dampfers „Daizetsu Maru“ angekommen ist, welcher auf der Höhe von Barcelona durch ein Unterseeboot versenkt worden ist.

Militärdienstbefreiungen in Italien.

Bern, 27. Juni. (B. T. B.) Wegen betrügerischer Befreiung vom Wehrdienst wurden in Rom zwei Stadtsärzte verhaftet, die gegen ein Entgelt von 500 bis 2000 Lire falsche Untauglichkeitszeugnisse ausstellten. In den Prozeß sind bereits über 20 Personen verwickelt.

Bewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Teuerungszulage für die städtischen Arbeiter!

Am gestrigen Abend fand eine stark besuchte Versammlung der Vertrauensmänner und Arbeiterausschussmitglieder der städtischen Betriebe Berlins statt, in der M. L. N. N., oft von Zustimmung unterbrochen, referierte. Am Schluß fand folgende Erklärung einstimmige Annahme:

Die Vertrauensmänner und Arbeiterausschussmitglieder sämtlicher Regiebetriebe der Stadt Berlin bedauern lebhaft, daß die im März d. J. an den Magistrat gerichteten Anträge um Aufhebung der Löhne und Regelung der Teuerungszulage noch immer keine Berücksichtigung gefunden haben.

Durch diese Verzögerung werden unsere Anträge, die sich bisher stets auf das im Zeitpunkt der Einreichung notwendige Mindestmaß beschränken, infolge der im raschesten Tempo steigenden Teuerung aller Lebensunterhaltsmittel ständig überholt!

Es ist daher dringend notwendig, daß eine Aufhebung der Löhne und eine auskömmlichere und gerechtere Regelung der Teuerungszulagen unseren Anträgen entsprechend schleunigst durchgeführt wird.

Wir erwarten auch, daß in Berücksichtigung der inzwischen wiederum gewaltig gestiegenen Lebensmittelpreise die zu gewährenden Zulagen mit rückwirkender Kraft ab 1. Mai zur Auszahlung gelangen werden.

Wir vermögen aber in der vom Magistrat den Stadtverordneten unterbreiteten Vorlage eine unsere Forderungen befriedigend berücksichtigende Maßnahme nicht zu erblicken!

Diese Vorlage gibt den Lebigen, den Verheirateten ohne Kinder und Verheirateten mit nur einem Kinde unter 16 Jahren nichts. Das sind aber die zurzeit stärksten Familiengruppen der städtischen Arbeiter, da die Ernährer der kinderreichsten Familien im Felde stehen! Ganz entschieden aber müssen wir uns gegen die in einigen Betrieben bereits angeführte Lohnregulierung wenden, durch welche noch Lohnzuschüsse anstatt Lohnzulagen erfolgen würden.

Wir erwarten daher von den Herren Stadtverordneten, daß sie die von uns gestellten Anträge berücksichtigen und die Vorlage des Magistrats entsprechend ausfallen lassen.

Wir beauftragen die Ortsverwaltung des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter, etwaige sich notwendig machende Verhandlungen zu führen, wie überhaupt geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um eine baldige Berücksichtigung unserer berechtigten Wünsche zu erreichen.

Aus dem Kriegsausschuß für die Metallbetriebe Groß-Berlins.

Die bei der Firma D. beschäftigten 32 Schmiede verlangen den Kriegsschein, weil die Firma den Wünschen der Arbeitnehmer kein Entgegenkommen gezeigt hat. Die Schürmeister haben einen Verdienst von 1,55 M., die Helfer von 1,24 M. Es soll noch einmal im Betrieb eine Verständigung herbeigeführt werden und will die Firma Vorschläge zu einer Verständigung machen. Erfolgt keine Verständigung, dann soll sich der Kriegsausschuß noch einmal mit der Sache beschäftigen.

Der Maschinenarbeiter S. bei der Firma B. verlangt einen Kriegsschein, weil ihm der Verdienst um 10 Pf. auf 85 Pf. reduziert worden ist. S. hat vorher eine andere Arbeit gemacht und er hat die Reduzierung nur angenommen, weil er wieder in Afford arbeiten sollte, um mehr zu verdienen. Nun hat er aber das Geld nicht verdient und will deshalb fort. Die Reduzierung des Verdienstes hält der Kriegsausschuß für ungerechtfertigt. Es soll jedoch noch einmal im Betrieb verhandelt werden; ist D. mit der Regelung nicht einverstanden, erhält er den Kriegsschein.

Der Mechaniker P. von der Firma St. u. Co. will von der Firma fort, um wieder auf seinem alten Beruf als Feinmechaniker zu arbeiten. Er war der Firma von der Militärbehörde überwiesen und hatte jetzt als Gohler gearbeitet. Nun ist er vom Militär entlassen. Der Kriegsausschuß erkennt die Berechtigung der Verteilung des Kriegsscheins an und erklärt sich P. bereit, noch eine Woche zu arbeiten, bis für seine Spezialarbeit ein Erlaßmann angetreten ist.

Der Maschinenarbeiter M. von der Firma St. in Charlottenburg will fort, weil ihm der Verdienst zu gering ist. Es erfolgt eine Verständigung auf der Grundlage, daß der Grundlohn sofort um 10 Pf. erhöht wird, ferner sollen die Afforde ebenfalls besser gestellt werden, so daß dann der von M. gewünschte Verdienst erzielt wird.

Der Dreher W. von der Firma N. in Oberschöneweide hat Afford angenommen, aber mit der Arbeit nicht begonnen, weil er nach seiner Auffassung nichts dabei verdienen würde. Nach den Feststellungen handelt es sich um Arbeit, die in der letzten Zeit mehrmals gemacht worden ist und bei der auch ein annehmbarer Verdienst erzielt wurde. Nachdem sich W. bereit erklärt hat, die Arbeit erst einmal zu versuchen, um den Verdienst festzustellen, wird die Sache damit als erledigt angesehen.

Der Schlosser B. von der A.-Werkstatt Spandau verlangt den Kriegsschein, da ihm die Arbeit zu schwer ist und er infolgedessen bedeutend weniger verdient hat. Da B. erst kürzlich krank gewesen ist, wird ihm zugelegt, leichtere Arbeit zu erhalten, auch soll er seinen Verdienst, mit dem er früher zufrieden war, wieder erhalten.

Der Maschinenarbeiter G. von der Firma D. u. D. hat einen Lohn von 75 Pf. Vorher hatte G. in den letzten Monaten in Afford gearbeitet und im Durchschnitt 1,10 M. verdient. Da gegenwärtig auch die übrigen dort beschäftigten Arbeiter Forderungen gestellt haben, wird G. ersucht, das Ergebnis dieser Bewegung erst abzuwarten, im übrigen aber der Firma anheimgegeben, sich mit den Arbeitern durch Gewährung einer Zulage zu verständigen.

Der Dreher D. von der Firma B. u. S. in Wilmsdorf hatte ohne Schein die Arbeit niedergelegt und bei einer anderen Firma angefangen. Diese Firma hatte ihn, weil er keinen Kriegsschein beibrachte, wieder entlassen, und er hat sich nunmehr der Firma B. u. S. wiederum zur Verfügung gestellt. Jetzt hat die Firma bei der Wiedereinstellung dem D. nur einen Lohn von 1,10 M. gezahlt. Der Kriegsausschuß steht auf dem Standpunkt, daß ein derartiges Vorgehen der Firma unberechtigt ist und daß der Dreher D. unter allen Umständen wieder den früheren Lohn von 1,50 M. zu verlangen hat. Auf dieser Grundlage erfolgt eine Verständigung.

Der 18 Jahre alte Schlosser W. von der A.-Werkstatt Spandau will einen Kriegsschein haben, weil er sich weiter ausbilden will. Der Vertreter der Firma erklärt sich bereit, dafür Sorge zu tragen, daß er auch in dem jetzigen Betrieb Gelegenheit hat, sich weiter auszubilden. Damit erklärt sich Sch. einverstanden.

Die Dreher H. und B. der Firma M. u. Co. verlangen den Kriegsschein, weil ihnen der Lohn zu gering ist. Es handelt sich um zwei junge Arbeiter, die jetzt 1,05 M. verdienen. Sie verlangen den Kriegsschein oder 5 Pf. Zulage, damit sie mit den älteren Kollegen gleichgestellt sind. Die Firma entspricht diesem Verlangen, und damit ist die Sache erledigt.

Der Maschinenarbeiter P. von der Firma St. in Treptow hat bereits am 31. Mai bei der Firma aufgehört und einen Kriegsschein nicht erhalten. Seit dieser Zeit arbeitet er als Hilfsarbeiter in einer Zeitungsdruckerei, will aber dort nicht bleiben, sondern wieder in der Munitionsindustrie arbeiten und verlangt deshalb von der Firma St. den Schein. Es wird ihm geraten, noch einige Tage bei der gegenwärtigen Firma weiter zu arbeiten, da er dann seines Scheines mehr bedarf. Jede neu einstellende Firma ist nur verpflichtet, die Papiere der letzten 4 Wochen nachzuprüfen, und wenn ein Arbeiter über 4 Wochen in einem Betriebe gearbeitet hat, wo er eines Kriegsscheins nicht bedarf, dann kann nach dieser Zeit jede Firma den betreffenden Arbeiter auch ohne Kriegsschein einstellen.

Die im Metallarbeiterverband organisierten Maschinenbauer nahmen in ihrer am 22. d. M. stattgehabten Brandenburger Versammlung zunächst den Vortrag des Kollegen Künstler entgegen. Gegenstand des Vortrages waren Berufsangelegenheiten. Zunächst besprach Kollege Künstler in ausführlicher Weise die wirtschaftliche Lage der Berufs Kollegen und im Anschluß hieran kritisierte er scharf die Mißstände, die in der Branche herrschen. Vor allen Dingen muß eine Beseitigung der ungerechten Verteilung des Affordüberschusses gefordert werden. Es ist unbestreitbar, daß die Kolonnenarbeit gerade kein idealer Zustand ist. Trotzdem wird sich das Kolonnenmitglied nicht beseitigen lassen. Aber verlangt muß dann mindestens werden, daß die erarbeiteten Affordüberschüsse in der Kolonne gleichmäßig verteilt werden.

Ferner geistelte der Referent die Sucht mancher Kollegen, einen Mehrverdienst durch Ableistung recht vieler Ueberstunden zu erzielen. Die von Tag zu Tag steigende, immer teurer werdende Lebenshaltung der Brandenburger zwingt diese, auch eine Erhöhung des Verdienstes durchzuführen, aber die Erhöhung kann und darf nicht durch Ableistung recht vieler Arbeitsstunden erzielt werden, sondern es muß gefordert werden, daß der Lohn bzw. die Affordbäge erhöht werden. Gerade im Hinblick auf den gegenwärtig herrschenden Mangel an Lebensmitteln und die mangelhafte Verteilung der vorhandenen Lebensmittel, unter der die Arbeiterklasse sehr zu leiden hat, veranlaßt die Kollegen, mit ihrer Arbeitskraft haushalten und nicht Raubbau an ihrer Gesundheit zu treiben.

In seinem Schlußwort erwähnte der Referent die Kollegen, fest zur Organisation zu halten, um den kommenden wirtschaftlichen Kämpfen gegenüber gewachsen zu sein.

Unter Branchenangelegenheiten wurde einer Anregung entsprechend die Branchenleitung beauftragt, in kürzester Zeit eine Versammlung für die in der Automobilindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen einzuberufen.

Eine weitere Anregung aus der Versammlung, die Ueberstunden überall da, wo es irgend anging, abzuschaffen, wurde lebhaft begrüßt und fand allgemeine Zustimmung.

Lohnaufbesserung in der Wilderrahmenbranche.

Mit Rücksicht auf die außergewöhnlichen Lebensverhältnisse haben die Arbeiter der Wilderrahmenbranche an ihre Unternehmer das Ersuchen gerichtet, die Löhne um 10 Prozent zu erhöhen. In der letzten Branchenversammlung erstattete der Obmann Merg Bericht über das Ergebnis. Eine Zulage wurde demnach bewilligt in 15 Betrieben, weitere Betriebe stehen noch aus und in einigen Werkstätten werden noch Verhandlungen gepflogen.

Die Branche der Vergolder hat ebenfalls eine Lohnaufbesserung verlangt. Eine am Dienstag abgehaltene Versammlung beschäftigte sich mit dieser Frage. Da aber die Arbeitgeber erst heute, Mittwoch, sich entscheiden werden, so beschloß die Versammlung, erst das Ergebnis dieser Sitzung abzuwarten und dementsprechend Stellung zu nehmen.

Aus Industrie und Handel.

Das Krupp-Unternehmen in München.

Am 26. Juni fand in München die Gründung der unter Führung der Firma Krupp ins Leben gerufenen, in der Presse schon mehrfach besprochenen Geschäftsfabrik unter dem Namen „Bayerische Geschäftswerke Fried. Krupp Kommanditgesellschaft“ mit dem Sitz in München statt. Wie der Name besagt, ist als äußere Form des Unternehmens die der Kommanditgesellschaft gewählt worden. Die Firma Krupp in Essen ist persönlich haftender Gesellschafter, die übrigen Gesellschafter sind Kommanditisten. An dem Gesellschaftskapital, das auf 25 Millionen Mark festgesetzt wurde, ist die Firma Krupp mit 50 Prozent beteiligt. Von Verwandten des Hauses Krupp sind beteiligt Herr Arthur Krupp in Verndorf (Niederösterreich), der Besitzer der bekannten Metallwarenfabrik; ferner der Schwager des Herrn Krupp v. Wöhlen und Halbbruder, Freiherr v. Wilmsdorf, Landrat in Verdenburg. Die übrigen Anteile sind in Händen bayerischer Bank- und Industriekreise. Zu ersteren gehören die Deutsche Bank, Filiale München, die Bayerische Hypothek- und Wechselbank München, die Bayerische Vereinsbank München, die Bayerische Handelsbank München, A. E. Wassermann, Hofbankier, Bamberg, die Pfälzische Bank in Ludwigshafen und Friedrich Schmid u. Co., Augsburg. Den Industriekreisen gehören folgende Geschäftsfabrikanten: Labische Anilin- und Sodafabrik Ludwigshafen, Reichsrat Hugo v. Maffei, München, Herr Professor Dr. Karl v. Linde, Weihenstephan, Herr Ernst Schatz, Kommerzienrat, Schweinfurt, und Herr Friedrich Kemmer, Fabrikant in Nürnberg. Den Vorsitz der Gründerversammlung, bei der fast alle Gesellschafter persönlich oder durch Mitglieder ihres Vorstandes vertreten waren, führte Herr Krupp v. Wöhlen und Halbbruder. Der Gesellschaftsvertrag wurde genehmigt und unterschrieben. Sodann erfolgte die Bildung des zur Wahrung der Interessen der Gesellschafter vorgesehenen Verwaltungsrats. Das Recht der Ernennung des Vorsitzenden steht seltungsgemäß der Firma Krupp zu, welche als solchen das Mitglied ihres Direktoriums Herrn Dr. E. Ehrenberger bezeichnete. Die vorgenommene Wahl der übrigen Mitglieder hatte folgendes Ergebnis: G. Vielhaber, Professor Dr. F. Kaufberger, Dr. W. Hartwig, sämtliche Mitglieder des Direktoriums der Firma Krupp, Essen, ferner u. a. noch A. Krupp, Verndorf, E. Stauf, Direktor der Deutschen Bank in Berlin. Nach den Bestimmungen des Gesellschaftsvertrages liegt die Geschäftsleitung des Unternehmens in den Händen der Firma Krupp, die bereits eine delikate Direktion eingeseht hat, als deren Vorstand sich Herr Dipl.-Ing. Eppner, bisheriger Vertreter der Firma Krupp in München, und als Prokuristen die Herren Danzauer und Käferstein, Essen, vorstellten. Nach Schluß der Gründerversammlung fand eine Verwaltungsaufstellung statt, in der Herr E. Stauf zum ersten und Herr Kommerzienrat J. Böhm, Direktor der Bayerischen Vereinsbank München, zum zweiten stellvertretenden Vorsitzenden gewählt wurden. Die Fabrikanlagen sollen auf dem der Firma Krupp gehörigen Gelände im Norden Münchens bei Freimann, und zwar unmittelbar westlich dieses Ortes, errichtet werden. Der Bau, der durch die Firma Krupp selbst ausgeführt wird, soll in aller kürzester Zeit begonnen und voraussichtlich im Laufe des Jahres 1917 vollendet werden. Derselbe wird Werkstätten für die Herstellung von Geschützrohren und Visieren, Lafetten und Fahrzeugen, ein Hauptwerk für Walzen von Geschützläufen, Pressereien und Drehereien für Geschosse, Gefäßschmiede und sonstige Hilfsbetriebe, wie elektrische Zentrale usw., umfassen. Außerdem sind ein großes Verwaltungsgebäude und eine Speiseanstalt für die Arbeiter vorgesehen. Zwischen diesen Anlagen und der Ortschaft Freimann sollen Wohnungen für die Beamten und Arbeiter errichtet werden.

Das Werk wird in erster Linie den Heeresbedarf für Bayern liefern. Es ist aber auch gedacht, Lieferungen für die kaiserliche Marine und für das befreundete Ausland zu übernehmen.

Zur Eindämmung der Börsenspekulation.

Der Börsenvorstand hat Grundzüge zur Eindämmung der Wertpapierpekulationen während des Krieges beschlossen, die eine Änderung der Börsenordnung erforderlich machen. Die Änderung ist bei den maßgebenden Behörden beantragt.

In den Grundzügen finden sich folgende Anregungen: Es ist Pflicht der Börsenspekulation, in ihrem Geschäftsverkehr sowie in der Verwendung der an der Börse bekanntgewordenen Preise und Nachrichten alles zu vermeiden, was zu einer Anregung der Spekulation in Wertpapieren dient. Insbesondere ist es unzulässig:

1. Durch lautes Ausrufen der Preise (Kurse) in den Börsenräumen die Aufmerksamkeit eines größeren Personenkreises auf Angebote und Nachfragen in bestimmten Wertpapieren zu lenken.

2. Andere als unmittelbare Kassengeschäfte zu machen. Alle unmittelbaren und mittelbaren Kassengeschäfte, also auch Prämien, Stellungen und Optionsgeschäfte, sind verboten. Alle zwischen Börsenbesuchern abgeschlossenen Wertpapiergeschäfte müssen spätestens am darauffolgenden Werktag, mittags 12 Uhr, erfüllt werden.

3. Berichte an das Publikum zwecks Anregung der Spekulation in Wertpapieren zu erstatten; unter dieses Verbot fallen insbesondere alle Kurs- oder Stimmungsberichte, die zu dem genannten Zweck aufgeföhrt oder infolge einer (z. B. durch Zeitungsanzeigen) seitens des Berichtenden hervorgerufenen Auforderung schriftlich oder mündlich gegeben werden, sowie regelmäßige Berichte der genannten Art, durch welche das Publikum über die Vorgänge an der Börse auf dem Laufenden gehalten wird. Als schriftliche Berichte gelten auch solche, die im Rahmen eines Briefes oder Telegramms gegeben werden, als mündlich auch solche, die im Rahmen eines telephonischen Gesprächs gegeben werden.

4. In öffentlichen Anzeigen Rat oder Auskunft in Wertpapieren zu erteilen, oder sich hierzu oder in marktärztlicher Weise zum An- oder Verkauf von Wertpapieren anzubieten.

Die Neueinzahlungen auf die vierte Kriegsanleihe betragen in der Zeit vom 15. bis 23. Juni 354,4 Millionen Mark, so daß nunmehr 10 007 Millionen Mark gleich 92,9 Proz. des gesamten gezeichneten Betrages eingezahlt sind. Die Darlehensklassen haben für die Zwecke der vierten Kriegsanleihe in der Berichtswache 108 Millionen Mark ausgeliehen, wodurch am 23. Juni insgesamt 502,9 Millionen Mark von den Darlehensklassen für die Zwecke der vierten Kriegsanleihe hergegeben waren. Da der gesamte Darlehensbestand bei den Darlehensklassen in der Berichtswache nur um 62,1 Millionen Mark gestiegen ist, so müssen, da die Kriegsanleihe darlehens für sich betrachtet um 108 Millionen Mark zugenommen haben, bei den anderen Darlehen Rückzahlungen vorgenommen worden sein.

Soziales.

Arbeitszwang auf Grund des Belagerungsgesetzes.

Eine sehr wichtige Entscheidung fällt das Kammergericht. Der kommandierende General des 7. Armeekorps hatte am 20. August 1915 auf Grund des § 9b des Belagerungsgesetzes eine Anordnung erlassen, die den Arbeitszwang für Arbeitsscheue einführt. Es wird vorgeföhrt, daß die betreffenden Personen die ihnen auferlegten Arbeiten nach besten Kräften auszuführen haben. Das Gebot, eine bestimmte Arbeitsstelle anzutreten, nämlich auf einer Zeche, war auch an den Angeklagten Brangenberg ergangen. Er stellte sich der Zeche zur Verfügung. Dort wurde aber seine Beschäftigung in der üblichen Weise von der Verbringung eines ärztlichen Attestes über seinen Gesundheitszustand abhängig gemacht. Darauf entfernte sich B., ohne wieder zu erscheinen. Er entschuldigte sich später, als er angeklagt wurde, damit, daß er die 3 M. nicht gehabt habe, um sich das ärztliche Attest zu beschaffen.

Das Schöffengericht in Steele verurteilte den Angeklagten wegen Uebertretung der Anordnung des kommandierenden Generals auf Grund des § 9b des Belagerungsgesetzes zu zwei Wochen Gefängnis.

Das Landgericht in Essen sprach dann jedoch den Angeklagten frei und führte aus:

Die Anordnung des kommandierenden Generals sei allerdings rechtmäßig. Sie sei im Interesse der öffentlichen Sicherheit ergangen. Daß die öffentliche Sicherheit durch Anordnung des Arbeitszwanges gegen Arbeitsscheue geschützt werden könne, unterliegt keinem Zweifel. Der Angeklagte würde auch zu verurteilen sein, wenn er das Gebot, die betreffende Arbeitsstelle anzutreten, nicht beachtet hätte. Er sei aber hingegangen und habe sich zur Verfügung gestellt. Dadurch aber, daß man ihm ein Attest abberlangt habe, sei er wieder in seiner Entschließung frei geworden. Er habe dann nicht noch einmal hingehen brauchen. Daraus folge die Freisprechung.

Das Kammergericht als Revisionsinstanz hob aber das Urteil auf und verwies die Sache an das Landgericht zurück. — Grund: Mit dem Landgericht sei die Gültigkeit der Anordnung des kommandierenden Generals anzunehmen. Daran ändere auch nichts, daß sich die Anordnung nicht an die Allgemeinheit, sondern an bestimmte Personen wende. § 9b schließe das nicht aus.

Die Gründe des Vorderrichters für die Freisprechung seien nicht zutreffend. Wenn die Zechenverwaltung von dem Angeklagten ein ärztliches Attest über seine Gesundheit verlangte, dann hätte ihm das nicht das Recht gegeben, sich nicht mehr um die Sache zu kümmern. Mit der Erfüllung polizeilicher Pflichten seien oft Ausgaben verbunden. Er hätte zum Arzt gehen und sich das Attest beschaffen müssen, um damit wieder zur Arbeitsstelle zu gehen. Konnte er ein Attest nicht bekommen, weil er vielleicht kein Geld hatte, dann hätte er sich an die Polizeibehörde wenden müssen, damit er sich mit deren Hilfe ein Attest durch den Armenarzt verschaffe. — Aus diesen Gründen müsse das Landgericht sich noch einmal mit der Sache beschäftigen.

Schadenersatzanspruch bei Betriebsunfällen.

Die Kammer 5 des Oberlandesgerichts hatte sich in ihrer letzten Sitzung mit zwei Klagen zu beschäftigen, die vom Unternehmer Schadenersatz wegen erlittener Betriebsunfälle verlangten.

Im ersten Falle klagte ein Dreher gegen die Firma Krenndt u. Co. Hinter dem Arbeitsplatz des Klägers befand sich eine Drehbank, von der dem Kläger eine Eisenstange in den Rücken gekleidert wurde. Infolgedessen war der Kläger einige Wochen arbeitsunfähig. Er führt den Unfall auf das Fehlen einer Schutzvorrichtung zurück und macht deshalb die Firma für den Schaden, welchen ihm der Unfall verursacht, haftbar. Der Kläger forderte 180 M. Der Vorsitzende, Magistratsrat Schulz, bezeichnete die Rechtslage als zweifelhaft und verwarf deshalb, einen Vergleich zustande zu bringen, was aber nicht gelang. — Das Gericht erkannte auf Abweisung der Klage, weil nach § 808 der A.B.O. ein Schadenersatz vom Unternehmer nur dann gefordert werden kann, wenn in einem Strafverfahren festgestellt ist, daß er den Schaden vorsätzlich herbeigeföhrt hat. Eine strafgerichtliche Entscheidung ist aber — wenigstens bis jetzt — noch nicht ergangen. Anzeige hat der Kläger allerdings erstattet.

Aus demselben Grunde wurde ein zweiter Kläger abgewiesen, der in einem Betriebsraum der Autogenwerke auf dem glatten öligen Fußboden ausgeglitten war und dadurch Schaden erlitten hatte.

Eine ungeeignete Lehrstelle.

In einer auf Lösung des Lehrvertrages gerichteten Klage gegen den Mechaniker Labda hatte das Oberlandesgericht ein Gutachten durch die Handwerkskammer erfordern. Diese hatte einen Sachverständigen in die Ladische Werkstatt geschickt, der vor Gericht angab, daß in dem Betriebe des Beklagten sieben Lehrlinge beschäftigt sind, aber kein Gehilfe. Den Lehrlingen fehle es an geeignetem Werkzeug. Es würden nur einige Spezialartikel bei Labda hergestellt, der Betrieb eigne sich in keiner Weise für eine sachgemäße Ausbildung von Lehrlingen. — Nach diesem Gutachten erkannte das Gericht auf Lösung des Lehrvertrages. — Der Beklagte wird also von seinen sieben Lehrlingen einen los, so daß ihm, obgleich sich kein Betrieb nach dem Sachverständigen gutachten gar nicht zur Lehrlingenausbildung eignet, noch weitere sechs Ausbildungsobjekte bleiben.

Politische Uebersicht.

Vertagung des Landtages.

Mit der Dienstagssitzung des Herrenhauses, nicht wie sonst mit einer gemeinsamen Schlußsitzung beider Häuser, ist die Tagung des preussischen Landtags zu Ende gegangen.

Während sonst meistens unmittelbar nach diesem Akt die Sitzung geschlossen wird, nahm diesmal der Präsident Graf v. Arnim-Boitzenburg das Wort zu einer längeren und in ziemlich schwierigerem Sachverhalt gehaltenen Rede.

Zensurfragen

behandelte ein Vertreter der Presse, der am Sonntag in Berlin tagte. Leider kam der Vertreter zu keiner rechten klaren Stellungnahme.

Seltene Neuorientierung.

Dieser Tage sind die Vorstände aller in Berlin domizilierenden Eisenbahnverbände (zirka 30 an der Zahl) amtlich zur Eisenbahndirektion Berlin geladen worden.

Verschiebung der Landtagswahlen in Bayern.

Dem bayerischen Landtag wird ein Gesetzentwurf über Verschiebung der laufenden Landtagswahlzeit vorgelegt.

Zum Prozeß Liebknecht

Der zum Offizialverteidiger des Genossen Liebknecht ernannte Rechtsanwalt Grassó hat auf Wunsch des Angeklagten sein Mandat niedergelegt.

Eine Rundgebung für Liebknecht.

Berlin, 27. Juni. (B. Z. B.) Bei einer Rundgebung für den Abgeordneten Liebknecht kam es heute abend zu einer größeren Ansammlung am Potsdamer Platz.

Amtliches Wahlergebnis von Reichenbach-Neurode.

Neurode (Eulengebirge), 27. Juni. (B. Z. B.) Amtliches Wahlergebnis: Bei der Reichstagswahl im Wahlbezirk Breslau II am 28. Juni entfielen von 2828 abgegebenen gültigen Stimmen auf den Parteisekretär Müller aus Berlin-Tempelhof (Soz.) 2802, gesplittelt waren 26 Stimmen.

Ein Landrat gegen Lohnüberbietung.

Der Landrat des Kreises Stallupönen erläßt folgende Verfügung:

„Es sind mir verschiedene Fälle gemeldet worden, wonach Bauhandwerker durch höhere Lohn- usw. Versprechungen herbeigeführt wurden, aus ihren bisherigen Arbeitsstellen auszutreten.“

Die Bautätigkeit in deutschen Städten im Jahre 1915.

Das Statistische Amt der Stadt Köln veröffentlicht das Ergebnis einer Umfrage über die Bautätigkeit in 30 Städten während des Krieges 1915.

Nach der absoluten Zahl der neuerbauten Wohnhäuser nimmt Köln mit 378 weitaus die erste Stelle ein.

Entsprechend ihrer Wichtigkeit verdienen die Kleinwohnungen, das sind Wohnungen mit 1 bis 3 heizbaren Zimmern einschließlich der Küche, besonders hervorgehoben zu werden.

Was die Zahl der leerstehenden Wohnungen anbelangt, war sie zur Zahl der überhaupt vorhandenen am größten mit 6,8 Proz. in Hamburg und 6,3 Proz. in Altona.

Verbot des Verkaufs von Binnenschiffen.

Durch frühere Verordnungen ist bereits die Veräußerung und Vermietung von deutschen Seefischräumen an Nichtreichsangehörige verboten sowie der Abschluß von Bauverträgen für Rechnung von Nichtreichsangehörigen praktisch ausgeschlossen.

Das tägliche Brot.

Die Neuregelung der Kartoffelversorgung.

Der Bundesrat hat in seiner Sitzung vom 28. Juni die Kartoffelversorgung für 1916/17 neu geregelt.

im wesentlichen an dem bisherigen System der Kartoffelversorgung fest. Es ist also an dem bisherigen System der Anmeldung des Bedarfs und Zwangsennahme durch die Bedarfsverbände und der Umlegung auf die Lieferverbände mit Zwangsleistungen seitens der Kommunalverbände und der Kartoffelerzeuger festzuhalten.

Träger der Versorgungs-, Lieferungs- und Abnahmepflicht müssen wie bisher die Kommunalverbände sein, daneben sind die Gereschverwaltungen und die Marineverwaltungen sowie die Reichsbranntweinstelle und die Zuka verpflichtet, ihren Bedarf gleich den Kommunalverbänden anzumelden.

Die Verbrauchsregelung, also die Verteilung, bleibt, wie bisher, Pflicht der Kommunalverbände. Auf Grund der neuen Verordnung werden Reichslandwirte und Reichskartoffelstelle in Kürze alle erforderlichen Anweisungen bezüglich statistischer Erhebungen, Bedarfsanmeldung, Umlegung usw. ergehen lassen.

Der Saatguthandel wird später geregelt werden. Aller Voraussicht nach wird er abdam unter scharfe staatliche Kontrolle gestellt und die Ausführung von der Genehmigung des Kommunalverbandes abhängig gemacht werden.

Zur Bekämpfung des Wuchers.

Berlin, 27. Juni. (B. Z. B.) Wie wir von zuständiger Seite erfahren, steht die Organisation einer Zentralkasse zur Bekämpfung des Wuchers bei Gegenständen des täglichen Bedarfs durch den preussischen Minister des Innern unmittelbar bevor.

Gegen Streich- und Ersatzmittel.

Gegen unerfreuliche Vorkommnisse im Lebensmittelverkehr rücken sich zwei Verordnungen des Bundesrats. Die minderwertigsten Erzeugnisse haben im Kriege, auch als Liebesgaben, immer wieder zu hohen Preisen Absatz gefunden.

Beschlagnahme von Sonnenblumen.

Die neue Bundesratsverordnung über den Verkehr mit Delfrüchten und Erzeugnissen daraus vom 26. Juni 1916 bezweckt, eine Vermehrung der inländischen Del- und Fettmengen sicherzustellen.

Die Bedeutung der neuen Verordnung liegt darin, daß durch sie ein erhöhter Anreiz zum Anbau von Delfrüchten geschaffen werden soll.

Zur Lebensmittelversorgung.

Der Sozialdemokratische Verein Groß, Kiel hielt am Sonnabend zwei Versammlungen ab, in denen noch Referate und darauffolgender Aussprache folgende Resolution beschloffen wurde:

zu wünschen übrig läßt. Die Stadtverwaltung wird deshalb dringend ersucht, mit aller Energie danach zu trachten, die benötigten Mengen an Lebensmitteln von den Zentralverwaltungsstellen zu erhalten.

Von den Reichsinstanzen wird gefordert: 1. Beschlagnahme der Getreiderente in einer Höhe, die eine wesentliche Erhöhung der Brot- und Mehlration für die gesamte Bevölkerung ermöglicht. 2. Beschlagnahme der Kartoffelernte, damit bis zu der nächsten Ernte eine Wochenration von 10 Pfund pro Kopf sichergestellt wird. 3. Verbot des vorzeitigen Ankaufes der Gemüse- und Obsterte durch die privaten Konsumfabriken. 4. Gerechte Verteilung und Festlegung von erschwierlichen Höchstpreisen für alle Massenverbrauchsartikel.

Aus der Partei.

Zur Richtigtstellung.

In der Generalversammlung des Verbandes der sozialdemokratischen Wahlvereine für Groß-Berlin ist am Sonntag u. a. auch gesprochen worden von den Grundfragen, die die Parteimehrheit, die Reichstagsfraktion und der Parteivorstand vertreten haben sollen. Dem „Vorwärts“ wurde dagegen die ausdrückliche Anerkennung ausgesprochen für seine Bemühungen, die Grundfrage der internationalen Sozialdemokratie hochzuhalten. Daß ihm das nicht leicht gemacht wird, müssen die Leser des „Vorwärts“ ohne weiteres aus den Äußerungen des Redakteurs Däumig schließen, der nach dem Bericht des „Vorwärts“ u. a. gefagt hat:

„Unsere grundsätzliche Anschauung mußte uns natürlich mehr und mehr in Gegensatz zur Mehrheit der Fraktion und des Parteivorstandes bringen. Der Gegensatz hat sich dahin zugespitzt, daß der Parteivorstand verlangt, die Redakteure sollen ihre eigene Meinung in die Tasche stecken und das betreten, was er als ihr Auftragsgebiet von der Redaktion verlangt.“

Wenn der Redakteur Däumig eine solche Behauptung aufgestellt hat, so hat er die Unwahrheit gesagt. Niemand ist der „Vorwärts“-Redaktion vom Parteivorstand derartige zugemutet worden.

Wahr ist vielmehr, daß der Parteivorstand vom „Vorwärts“, der zu lebhaften Beschwerden wegen seiner Haltung triftigen Anlaß gegeben hatte, bereits im September 1914 verlangte:

„Der „Vorwärts“ hat nach Ansicht des Parteivorstandes in dieser Zeit im wesentlichen folgende Aufgaben zu erfüllen:

1. Der „Vorwärts“ soll wie bisher dem Kurpatriotismus und chauvinistischen Treiben entgegenwirken;
2. er soll wie bisher die Annerkennungslüste bekämpfen;
3. er soll sich in seinen Berichten über Kriegsgreuel, Gefangenen- und Verwundetenbehandlung der größten Objektivität befleißigen;
4. er soll auf dem Gebiete der Wirtschafts- und Sozialpolitik schnell und wegwiegend die Arbeiterinteressen vertreten.“

Noch einmal hat der Parteivorstand sehr energisch in einer Redaktionsangelegenheit Stellung nehmen müssen. Der Vertreter der „Vorwärts“-Redaktion hatte sich der Behörde gegenüber schriftlich verpfändet:

„Ich kann versichern, daß ich dem Wunsche, daß die Einheitslichkeit der patriotischen Begeisterung nicht gestört werde, nachkommen werde, und glaube bisher schon alles getan zu haben, um die patriotische Begeisterung nicht nur nicht zu stören, sondern zu beleben.“

Wegen ein solches Verhalten mußte der Parteivorstand Verwarnung einlegen. Gleichzeitig hat er in einer Eingabe an den stellvertretenden Reichskanzler entschieden betont, daß der Presse unter keinen Umständen derartige Zumutungen gestellt werden dürfen.

Der Parteivorstand hat also, weit entfernt, dem „Vorwärts“ irgendwelche Opfer der Ueberzeugung zuzumuten, ganz entschieden Verwarnung eingelegt gegen das geschilderte behördliche Verlangen und ist für die Selbständigkeit der „Vorwärts“-Redaktion, die nicht durch das unbegreifliche Verhalten eines ihrer Mitglieder gebunden werden kann, eingetreten.

Genosse Däumig hat, nachdem er die grundsätzliche Uebereinstimmung der „Vorwärts“-Redaktion mit der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft festgestellt, weiter erklärt:

„Der Parteivorstand trat mit einem sehr geharnischten Protest gegen die Arbeitsgemeinschaft hervor, den wir zu veröffentlichen mußten. Wir sind der Meinung, daß die der Arbeitsgemeinschaft angehörenden Genossen dasselbe Recht haben wie die Fraktion und wir deshalb auch die Äußerungen der Arbeitsgemeinschaft aufzunehmen haben. Als wir dies tun wollten an derselben Stelle, wo die Arbeitsgemeinschaft durch den Parteivorstand angegriffen war, verständerte es der Parteivorstand. Er erklärte, er lasse nicht zu, daß Erklärungen von Sonderorganisationen an die Spitze des Blattes kommen. Mit Hilfe des Geschäftsführers Richard Fischer machte der Parteivorstand die Ausführung der Anordnung der Redaktion unmöglich.“

Der Parteivorstand hat auch Willensäußerungen von Berliner Wahlkreisen nicht in den „Vorwärts“ kommen lassen, obgleich die Redaktion Anweisung dazu gegeben hatte.“

Das ganz selbstverständliche Eingreifen des Parteivorstandes wird fortgesetzt als „Vorgesur“ denungert, als „Gewaltakt“ usw. Nachdem die „Vorwärts“-Redaktion die Kundgebung der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft an der Spitze des Blattes, die laut Organisationsstatut dem Parteivorstand für seine offiziellen Bekanntmachungen vorbehalten ist, publiziert und sich damit auch öffentlich als Organ der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft bekannt hat, mußte der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, deren offizielles Zentralorgan der „Vorwärts“ ist, sein Veto einlegen. Im Gegensatz zu dem Organisationsstatut, das nur eine sozialdemokratische Reichstagsfraktion als parlamentarische Vertretung der Partei im Reich kennt, beansprucht die Redaktion des „Vorwärts“ für die der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft angehörenden Genossen das gleiche Recht auf den Raum des „Vorwärts“, wie es den offiziellen Vertretungen der Partei an deren offizielles Zentralorgan zusteht. Dem muß entschieden widersprochen werden. Denn es müßte dann das gleiche Recht allen Sonderorganisationen eingeräumt werden. Der Parteivorstand hatte die Pflicht, dafür zu sorgen, daß die Zerrüttung der Parteiorganisation nicht auch noch an der Spitze des Zentralorgans der Partei öffentlich betrieben wird.

Es sind nur solche Notizen im „Vorwärts“ von den Vertretern des Parteivorstandes inbeträchtigt worden, die nach ihrer Ueberzeugung die Parteierstörung fördern mußten.

Als dann ein Redakteur des Zentralorgans der Partei in Flugchriften und Versammlungen die Beitragsliste an den Parteivorstand verlangte, war es wiederum die unbedingte Pflicht des Parteivorstandes, die Entfernung des betr. Redakteurs aus seiner Vertrauensstellung zu verlangen.

In der von der Generalversammlung angenommenen Resolution III heißt es: Die Berliner Genossen müßten sich den Einfluß auf ihr Organ sichern, der auch dem kleinsten Parteivorstand auf sein Parteiorgan zustehe. Was hier für die Berliner Genossen mit Recht verlangt und von keiner Seite bestritten wird, wird man dem Parteivorstand als Vertreter der Partei nicht bestritten können, denn er hat den Interessen der Gesamtpartei im Zentralorgan Geltung zu verschaffen.

In einer weiteren Resolution der Generalversammlung wird dem Parteivorstand Anwendung brutaler Gewalt in Duisburg, Frankfurt a. M., Bremen und Berlin durch Mahregelung unbequemer Genossen vorgeworfen. Alle diese Vorwürfe sind unbegründet.

In Duisburg mußten zwei Redakteure entlassen werden, weil sie für eine Sonderorganisation tätig waren, besondere Beitragsmarken ausgaben und das ihnen anvertraute Blatt für ihre, die Parteieinheit aufs äußerste bedrohende Zwecke mißbrauchten, indem sie sogar die Kundgebung einer Parteiorganisation gegen ihre Sonderbünde unterdrückten. Die Parteiorganisationen des Verbreitungsgebietes der Zeitung haben die Maßnahmen des Parteivorstandes als notwendig anerkannt und ausdrücklich gebilligt.

Der Berliner Fall betrifft den Redakteur Dr. Meyer, über den das Erforderliche schon gefagt worden ist.

In Frankfurt a. M. wurde der Parteivorstand um Intervention gebeten, weil von oppositioneller Seite ein Redakteur, der auf dem Boden der Parteimehrheit steht, gemahregelt und durch einen der oben erwähnten Redakteure aus Duisburg ersetzt werden sollte. Dabei hat der Parteivorstand lediglich vermittelnd gewirkt.

Auch in Bremen mußte sich der Parteivorstand schützend vor den Geschäftsführer stellen, der von der Opposition gemahregelt werden sollte, weil er sich im Einverständnis mit dem Parteivorstand nicht dazu mißbrauchen lassen wollte, dem Vorgehen der Opposition in anderen Wahlkreisen gegen ihr Parteiblatt Vorschub zu leisten. — Einen anderen Genossen, der in Bremen von der Opposition gemahregelt worden ist, vermochte der Parteivorstand nicht zu schützen, weil er in diesem Falle kein Mitbestimmungsrecht hatte.

Daß in Berlin eine Resolution beschloffen werden konnte, in der der Wahrheit zuwider dem Parteivorstand der Vorwurf gemacht wurde, an diesen Orten ihm unbequeme Genossen gemahregelt zu haben, während Abfahrt und Handlung an beiden Orten der Opposition zufallen, beweist, wie die Berliner Genossen systematisch irreführt worden sind.

Damit ist die Haltlosigkeit aller gegen den Parteivorstand in der Generalversammlung erhobenen Vorwürfe erwiesen. Wenn besonders in Berlin weite Kreise der Parteigenossen für diese oder jene oppositionelle Richtung gewonnen worden sind, so ist das zurückzuführen auf die zahlreichen anonym verbreiteten verleumdenden Flugblätter, sowie auf die tendenziöse Redaktionsführung des „Vorwärts“, die es den Berliner Genossen unmöglich macht, ein klares Bild von den politischen Vorgängen und dem Verhalten der Partei zu gewinnen. In alledem kommt das unverantwortliche Treiben solcher Genossen und Genossinnen, die schon vor dem Kriege auf eifrigste bemüht gewesen sind, die Partei auf Wege zu bringen, die zu beschreiten alle Parteitage bisher abgelehnt haben.

Der Parteivorstand wird pflichtgemäß jeder auf die Zerstörung der organisatorischen Parteieinheit gerichteten Tätigkeit, gleichviel ob sie in der Presse, in Versammlungen oder in Konventikeln geübt wird, entgegenzutreten.

Berlin, den 27. Juni 1916. Der Parteivorstand.

In die Wohnung jedes Arbeiters, jeder Arbeiterin gehört der Vorwärts

Stellungnahme zum Beschluß der Preussischen Landeskommission.

Das rechtsstehende Votum der „Volksblätter“, das immer am ersten dabei war, Aktionen gegen die Minorität zu fordern, schreibt in einem Leitartikel unter der Überschrift „Preußentag“ zum Beschluß der Landeskommission:

Wir begrüßen den Beschluß der Landeskommission als sehr erfreulich. Dabei darf jedoch nicht verkannt werden, daß er in aller Form gegen das bestehende Statut verstößt. Das preussische Statut schreibt im § 3 vor, daß der Vorsitzende, der Kassierer und der Schriftführer des Bezirksverbandes der acht Wahlvereine Groß-Berlin zugleich den geschäftsführenden Ausschuss der preussischen Landeskommission bilden. Als diese Bestimmung geschaffen wurde — sie ist einem Zufalle zu danken — dachte niemand an Differenzen wie die heute bestehenden. Solange in der Gesamtpartei der gute Wille, gemeinschaftlich zu arbeiten, selbstverständlich war, war auch solche Bestimmung harmlos, obwohl sie einem einzelnen Bezirk die Macht in die Hand gibt, das ganze Land organisatorisch zu verwalten. Jetzt, wo eine Anzahl rücksichtsloser Leute mit allen Mitteln daran arbeiten, die Partei in das Fahrwasser russisch-polnischer Methoden zu treiben, die für deutsche Zustände unmöglich, weil unnütz und schädlich sind, wo diese Leute in Verfolgung ihrer Pläne vor keinem Mittel, auch nicht vor der Gewalt, nicht vor der Zerreißung der Organisation zurückweichen, und dabei leider die Unterstützung einer Masse, zum Teil irreführter junger Leute ohne jedes eigene politische Urteil, zum Teil aber durch die wirtschaftliche Not des Krieges verärgelter, sonst ganz unsichtiger Leute finden, wird diese Bestimmung gefährlich. Sie soll jetzt mißbraucht werden als das Mittel, die ganze Preußenorganisation in die Hand zu bekommen und nach außen den Eindruck erwecken zu können, als habe sich die ganze preussische Partei zur unterirdischen russischen Revolutionsromantik bekehrt. Dem muß vorgebeugt werden, und dem hat die Landeskommission durch ihren raschen Entschluß vorgebeugt. Aber das kann nur ein Ausbittelmittel, ein Notbehelf in dringender Gefahr sein. Die Landeskommission ist an sich nicht befugt, das Statut aus eigener Machtvollkommenheit zu ändern. Will sie nicht der Opposition eine Waffe in die Hand drücken, die diese rücksichtslos benutzen wird, dann muß sie sofort beschließen, daß so schnell wie möglich ein preussischer Parteitag einberufen wird, der die Angelegenheit regelt, den Beschluß gutheißt und das Statut ändert.

Der wird natürlich auch zu den allgemeinen Parteitage Stellung nehmen müssen, und das ist nach unserer Meinung nicht mehr zu umgehen. Wir können doch mit der organisatorischen Entscheidung der Parteidifferenzen nicht warten, bis der Krieg zu Ende ist, dessen Ende noch nicht abzusehen ist.

Zögern wir noch länger damit, so wird der Miß in der Partei immer größer, die planmäßig und rücksichtslos arbeitende Opposition wird immer stärker und eines Tages wird die Opposition einen Parteitag einberufen.

Heut sagt sie zwar noch, wir müßten die Dinge sich ruhig entwickeln lassen — bis die Opposition nämlich stark genug geworden ist, die Organisation zu beherrschen. Heut sagt sie noch, ein Parteitag wäre nur der Versuch, die Opposition zu verwalten, sie werde, wenn wir es doch wagen sollten, schon dafür sorgen, daß dieser — preussische oder deutsche — Parteitag richtig gekennzeichnet werde. Doch das sind faule Ausreden, Mittel zum Zweck. Was ist denn die Generalversammlung für Groß-Berlin? Ist die organisatorisch und rechtlich etwas anderes als ein Parteitag?

Also man lerne endlich von der Opposition etwas Entschlossenheit, man wage zu handeln, man mache schleunigst einen preussischen Parteitag, dem bald der deutsche Parteitag folgen muß. So werden wir am besten der Opposition die Spitze abbrechen.

Das linksstehende „Volksblatt“ schreibt: Wir selbst können den Beschluß der Landeskommission nicht als klug und richtig ansehen und glauben, daß er eine der folgenschwersten Handlungen sein wird, die wir im Organisationsstreit bisher erlebt haben. Gleichwohl müssen wir aber die Kritiken des „Vorwärts“ und der „Leipziger Volkszeitung“ als viel zu weitgehend ablehnen, denn der geschäftsführende Ausschuss Preußens hat politisch sehr wenig zu bedeuten. Er führt nur — und zwar im Einverständnis mit dem Parteivorstande — aus, zu was ihn die Landeskommission beauftragt. Deshalb kann der Kampf um die drei ausführenden Genossen nicht zum Gegenstand auf Leben und Tod, um Einheit oder Spaltung der Organisation gemacht werden. Wir hoffen, die Berliner Genossen wahren Bejammernheit, um den Fehler der Landeskommission nicht durch einen ihrerseits zu erweitern. Die Abrechnung kommt ja einmal — auf dem Parteitage. Bis dahin darf sich die Opposition nicht aus der Partei drängen lassen!

Das ziffermäßige Abstimmungsergebnis über die von der Verbandsversammlung am Sonntag vorgenommene Wahl zum Parteiaussschuß ist folgendes: Genosse Stadthagen 262 Stimmen, Genossin Lugenburg 68 und Genosse Theodor Fischer 36 Stimmen.

In eigener Sache.

Eine Erwiderung der Redaktion auf die Richtigtstellung des Parteivorstandes ist von der Jenur des Parteivorstandes zur Veröffentlichung nicht zugelassen worden.

Die Redaktion des „Vorwärts“.

Gerichtszeitung.

Fünf Einwohner des Dorfes Lübars

und mit ihnen der Nachwächter des Dorfes standen unter der Anklage der Körperverletzung mit Todeserfolg vor dem Schwurgericht des Landgerichts III. Die Anklage richtet sich gegen die Landwirte Wilhelm Rathenow und Karl Faust, dem Stellmachermeister Robert Hamster, die Arbeiter Hermann Neuenhof und Paul Hamster, sowie den Nachwächter Gustav Strecker, denen die Rechtsanwältin Dr. Marg Kanowitz, Dr. Davidsohn, Justizrat Kempner, Dr. Löwenthal, Dr. Großmann und Ohnstein zur Seite stehen. Den Vorsitz führt Landgerichtsdirektor Banjura, die Anklage vertritt Staatsanwalt Affessor Schumann. Der Anklage liegt ein höchst merkwürdiger Tatbestand zugrunde. Als der Angeklagte Rathenow in der Nacht des 1. November aus der Schankwirtschaft von Lorenz nach Hause kam, fand er auf seinem Grundstück einen Mann vor, der anscheinend Wöses im Schilde führte. Als er auf die Frage, was er da wolle, nur eine wirre Antwort gab, expedierte ihn Rathenow gewaltsam vom Hofe und erhielt dabei von dem Uebekannten einen Schlag auf die Nase. Der Fremde ging dann in das Haus des Angeklagten Faust, der schon im Bett lag und höchst verwundert war, als er plötzlich im Vorzimmer einen unheimlichen fremden Menschen erblickte. Faust hielt den letzteren, der nur immer mit den Zähnen knirschte, natürlich für einen Einbrecher, er rief um Hilfe, Rathenow eilte hinzu und beide brachten den verdächtigen nächtlichen Gast aus dem Hause. Durch den entstandenen Lärm wurden die Dorfbewohner herbeigelockt, es ertönten Hilferufe seitens mehrerer Frauen und die übrigen Angeklagten erschienen bald auf der Bildfläche. Der Uebekannte verkroch sich unter einen Wagen, er wurde aber hervorgeholt, und als der ältere Hamster an ihn die Frag erwiderte, ob er Einbrecher sei, erhielt er von ihm einen Faustschlag ins Gesicht. Daraus entspann sich ein Handgemenge, in welchem der Arbeiter Hamster seinem bedrohten Vater zu Hilfe kam. Der Abführung nach des Nachwächters Haus widersetzte sich der unheimliche Mann lebhaft; er wehrte sich heftig, fiel auch mehrfach zu Boden und bedrohte seine Transporteure, so daß Strecker zuletzt Schlichzeug anlegte. Alle 6 Angeklagten brachten ihn unter Anstrengungen in das Spritzenhaus und er wurde dort in die vorhandene Jelle geschoben, nachdem diese vorher durch Strecker von den dort lagernden Äpfeln gefäubert worden war. Was nun in der Jelle noch passiert ist, soll durch die Beweisaufnahme geklärt werden. Es scheint dort nochmals zu Handgreiflichkeiten gekommen zu sein. Zugegeben ist, daß der Nachwächter auf Angriffe seitens des Verhafteten den Säbel gezogen und auf ihn geschlagen hat, andererseits wollen Zeugen schon während des Transports das Geräusch von heftigen Schlägen und wiederholt den Ruf des Geschlagenen: „Erbarmt Euch, laßt mich los! Ich will dahin gehen, wo ich hergekommen bin!“ gehört haben, auch ist offenbar ein Stoß auf dem Verhafteten entzweigeschlagen worden. Das nächtliche Abenteuer hatte ein sehr betrübendes Ende: als am nächsten Tage die Jelle im Spritzenhaus geöffnet wurde, fand man den dort eingeschlossenen in seinem Blute tot am Boden liegend vor. Der Geheime Medizinalrat Dr. Pfleger konnte an der Leiche eine große Zahl von Verletzungen am Kopf, im Gesicht, offene Wunden an den verschiedensten Stellen des Körpers, Wunden, die durch Stöße mit einem Säbel, und Schläge mit einem Schenkelstiel entstanden sein müssen, Wundausstritte in die Weichteile usw. feststellen. Wie es sich herausstellte, handelte es sich um keinen Einbrecher, sondern um einen nebenranken Menschen, den Schlächter Verhoff Bay aus Oldenburg, der am 28. Oktober mit Vieh nach Berlin gefahren, hier aber nicht eingetroffen war. Bay litt zeitweise an Malariafieber, war nervenkrank und linksseitig schwerhörig und verfiel bei solchen Krankheitsanfällen in einen Dämmerzustand. In einem solchen war er nach Lübars gelangt, hatte sich grundlos in fremde Häuser begeben und durch seine Krankheit ist es zu erklären, daß er sich nicht verantwortete, sondern nur verworrene Worte aussprach. — Die Anklage beschuldigt nun die 6 Angeklagten, durch gemeinschaftliche Mißhandlungen den Tod des Bay verursacht zu haben, wogegen jeder einzelne Angeklagte lebhaft Einwendungen erhebt, teils überhaupt gewaltsames Vorgehen gegen Bay bestrittet, teils Rotweh zur Entschuldigung vorbringt, teils die Körperverletzungen durch das Hinunterkrauchen des Bay unter den Wagen erklären will.

Die Beweisaufnahme trug zur Aufklärung des Tatbestandes nicht allzuviel bei; die Vorgänge in Lübars haben sich im Dunkel der Nacht abgespielt, und so blieb denn auch die Tätigkeit der einzelnen Angeklagten bei dem Transport des zu Tode gekommenen Schlächters Bay bis in die Jelle des Spritzenhauses ziemlich dunkel. Von den Verteidigern wurde denn auch die Freisprechung der sämtlichen Angeklagten gefordert, so bedauerlich auch das Schicksal des Verstorbenen sei und soviel Mitleid man mit der hinterbliebenen Witwe haben müsse. Auf Grund des Wahrspruchs der Geschworenen kam das Gericht bezüglich des Rathenow, Neuenhof und Strecker zu einer Freisprechung. Gegen Faust, Robert und Paul Hamster mußte auf Einstellung des Verfahrens erkannt werden, da die Geschworenen bei ihnen nur die Schuldfragen nach einfacher Körperverletzung bejaht hatten und ein diesbezüglicher Strafantrag fehlte.

Aus Groß-Berlin.

Obst und Marmelade.

Die Obstpreise, wie sie gegenwärtig gefordert werden und auch für die spätere Ernte in Aussicht stehen, werden in diesem Jahre alles übersteigen, was wir jemals auf dem Obstmarkt zu verzeichnen hatten. Dabei haben wir keine schlechte Ernte; im Gegenteil, für einige Obstsorten eine sehr reichliche zu erwarten. Die Preistreiber hat hier im vollen Umfange eingesetzt, wobei der große Bedarf, den die Marmeladenfabrikation beansprucht, einen günstigen Boden schafft. Bei der Fettnot müssen wir mit aller Entschiedenheit darauf dringen, daß uns nicht durch eine wüste Preistreiber die Marmelade noch mehr verteuert wird. Von maßgebender Stelle ist bereits in Aussicht gestellt, daß die Höchstpreise für die Marmeladen allgemein festgesetzt werden, bisher sind einige Sorten davon ausgenommen; die Folge war, daß die Marmelade, für die man Höchstpreise festgesetzt hatte, im Handel nicht mehr zu haben war. Der Höchstpreis muß sofort bekanntgegeben werden und in niedrigen Grenzen sich bewegen unter Auserachlassung aller Spekulationskäufe.

Als ein großer Uebelstand macht sich die Preisüberbietung bei den Abverpachtungen bemerkbar, die nach Mitteilung aus Händlerkreisen auch von den Gemeinden und Kommunalverbänden sehr gefördert wird. Leider lassen auch hier die Gemeinden die Aufgaben außer acht, die ihnen die Bundesratsverordnung bei der Lebensmittelversorgung zugewiesen hat. Läge es nicht im Interesse der Bevölkerung, das Obst an Chaussees und Kieselfeldern der Marmeladenfabrikation mit der Verbindung zu übergeben, die hieraus gewonnenen Fabrikate unter Anrechnung einer Vergütung für die Verarbeitung an die Gemeinden zurückzugeben? Es wäre die höchste Zeit, daß die Regierung einen Zwang ausübt, um eine solche Regelung herbeizuführen.

Im übrigen muß auch durch Höchstpreisfestsetzungen für Obst dem Treiben Einhalt geboten werden, aber nicht durch Preise, wie sie die Berliner Preisprüfungsstelle vereinbart hat. Die folgende Gegenüberstellung zeigt, wie unhaltbar die Berliner Höchstpreise sind.

	Nichtpreise		Berliner Höchstpreise		Kleinhandel 25 Proz. Zuschlag
	Reichsarbeitersubsidius für Obstbau Pf.	Badische Höchstpreise Erzeuger Pf.	Kleinhandel Pf.	Erzeuger Pf.	
Erdbeeren . . .	35	35	45	I. 60	75
	—	20	28	II. 40	50
	—	—	—	unsortiert	68
Kirschen:					
süß	—	18	25	50	68
sauer	28	25	32	35	44
Brehware . . .	20	—	—	25	33
Einnade I . . .	—	—	—	50	63
Einnade II . . .	—	—	—	40	50
Stachelbeeren:					
reife, edle . . .	22	15	20	50—35	63—44
gewöhnliche . .	22	—	—	30—20	37—25
Johannisbeeren:					
große, edle . . .	20	15	20	32	40
gewöhnliche . .	20	—	—	25	33
Himbeeren:					
Brehware . . .	—	32	40	45	56
z. Rohgenuß . .	37	—	—	50	63

Zu der aus der vorstehenden Tabelle ersichtlichen skandalösen Uebersteigerung der Berliner Verbraucher bemerkt die B.P.S. Groß-Berlin, daß bei der Festsetzung der Preise die Ernterergebnisse und die besonders gute Qualität des Werderschen Obstes bestimmend mitgewirkt hätten. Praktisch läuft die ganze Festsetzung auf eine allgemeine Verteuerung hinaus, denn das minderwertige verkauft man nunmehr zu Werderschen Höchstpreisen, und beim Guten und Besten verleugnet man die Werdersche Herkunft, um noch mehr fordern zu können. Der Ausschuss für Konsumenteninteressen für Groß-Berlin und Mark Brandenburg hat die zuständigen Stellen auf die Mißstände aufmerksam gemacht und ein Einschreiten gefordert.

Sammlung der Küchenabfälle.

Tagtäglich gehen in Deutschland mehrere Millionen Kilogramm Speisereste und Küchenabfälle im Müll unverwertet zugrunde. In Friedenszeiten mochte das hingehen, obwohl auch damals der Volkshaushalt erhebliche Einbußen erlitt. Jetzt im Kriege wäre es unverantwortlich, wenn die großen Mengen an Eiweiß, Fett, phosphoräurem Kalk und anderen Nährstoffen, die in den Abfällen enthalten sind, dauernd ungenutzt blieben.

Eine Verordnung des Bundesrats vom 26. Juni bestimmt deshalb, daß in den Gemeinden von mehr als 40 000 Einwohnern durch Anordnung der Landeszentralbehörde mit Zustimmung des Reichsländers die Haushaltungsvorstände und die Inhaber und Leiter von gewerblichen und gemeinnützigen Betrieben verpflichtet werden können, alle Speisereste und Küchenabfälle, soweit sie nicht zur menschlichen Ernährung dienen oder im eigenen Haushalt oder Betriebe verfüttert werden, vom übrigen Müll getrennt zu sammeln. Bei anderweitiger wirtschaftlicher Verwertung zur Verfütterung sind Ausnahmen von der Sammelpflicht zuzulassen. Haus- und Grundeigentümer haben für Sammelgelegenheiten (Eimer mit Handgriffen) zu sorgen, die Gemeinde hat die gesammelten Abfälle dreimal wöchentlich abzuholen und an die Reichsgesellschaft für deutsches Milchkrautfutter, G. m. b. H. in Berlin, abzuliefern. Die letztere ist zur Abnahme und zur Zahlung eines angemessenen Uebernahmepreises an die Gemeinden verpflichtet. Von dem hergestellten Milchkrautfutter muß sie jeder Gemeinde, die eine ordnungsmäßige Regelung des Milchverkehrs durchgeführt hat, eine bestimmte Menge zu einem Vorzugspreise zur Verfügung stellen. Auf Antrag des Gemeindevorstandes und der Reichsgesellschaft können die Landeszentralbehörden auch für Gemeinden von weniger als 40 000 Einwohnern die Sammel- und Abfuhrpflicht einführen.

In den Gemeinden mit mehr als 40 000 Einwohnern wohnen etwa 17 Millionen Menschen. Bei täglich 60 Gramm Fleisch- und Küchenabfällen auf den Kopf der Bevölkerung ergibt sich, das Jahr zu 300 Arbeitstagen gerechnet, eine Gesamtmenge von über 300 Millionen Kilogramm. Bei Verarbeitung zu dem Milchkrautfutter Mellogen können aus diesen 300 Millionen Kilogramm rund 75 Millionen Kilogramm Futtermittel gewonnen werden, die nach den heutigen Preisen einen Wert von über 25 Millionen Mark vorstellen.

Bei je 60 Gramm Abfallergebnis liefern je 100 von den in Betracht kommenden 17 Millionen Menschen täglich das Krautfutter für 8 Liter Milch.

Zur Erzielung dieses erheblichen Nutzens bedarf es nur ganz geringfügiger Bemühungen in Haus und Familie. Für die Gemeinden entstehen nicht nur keinerlei Lasten, vielmehr verbleibt ihnen bei zweckmäßiger Einrichtung der Abfuhr voraussichtlich noch ein Ueberschuß über die Abfuhrkosten. Vor allem aber können sie sich eine bestimmte Menge Milch zu bestimmten Preisen sichern, da ihnen annähernd die Menge Mellogen geliefert werden muß, die aus ihren Rohstofflieferungen erzeugt wird.

Auch nach Friedensschluß wird man zwecks Verminderung der ausländischen Futtermittelleinfuhr und behufs Fürsorge für künftige Notstände, die Abfallstoffe weiter verwerten müssen. Die mit der Abfuhr betrauten städtischen Stellen haben daher ein dauerndes Interesse an der Sammlung und Lieferung der Abfallstoffe, wodurch bei einsichtsvoller Unterstüßung seitens der Bevölkerung ein voller Erfolg der Maßnahmen des Bundesrats, vornehmlich nach zwei Richtungen: Förderung der Milchversorgung der Städte und Erhaltung der deutschen Rindviehbestände, gesichert erscheint. (W. L. B.)

Freibankfleisch.

Fleischknappheit und Fleischteuerung mußten Einfluß auch auf die Berliner Freibank haben, die minderwertiges Fleisch zu herabgesetzten Preisen feilhält. Wie das vollwertige Fleisch teurer und immer teurer wurde, so stiegen auch die Preise des minderwertigen Fleisches immer mehr. Selbstverständlich blieben diese stets beträchtlich unter denen der einwandfreien Ware, im übrigen jedoch machten sie unter Innehaltung ihres Abstandes die allgemeine Preissteigerung mit. Manchmal folgte die Freibank ziemlich rasch mit einer Erhöhung der Preise ihres minderwertigen Fleisches, meist aber geschah das erst nach längerer Zeit. Zu einer sehr fühlbaren Verteuerung entschloß sich die Freibank besonders im Mai dieses Jahres, nachdem sie soeben erst im April die Preise merklich genug erhöht hatte, und zwar wurden alle Arten Fleisch davon betroffen. Sie forderte im Mai 1916 folgende Preise für das Pfund in Pfennig: rohes Rindfleisch erste Sorte 100, rohes Rindfleisch zweite Sorte 60, gekochtes Rindfleisch 60, rohes Kalbfleisch erste Sorte 120, rohes Kalbfleisch zweite Sorte 75, gekochtes Kalbfleisch 80, rohes Hammelfleisch erste Sorte 100, rohes Hammelfleisch zweite Sorte 60, gekochtes Hammelfleisch 70, rohes Schweinefleisch erste Sorte 120, rohes Schweinefleisch zweite Sorte 75, gekochtes Schweinefleisch 80. Es mußte bei der Freibank für manches Fleisch im Mai 1916 genau doppelt soviel wie im Mai 1915 gezahlt werden.

Verband der sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins und Umgegend, Lindenstr. 3, 3. Hof, 3 Treppen.

Die Uebernahme der Verbandsgeschäfte durch den neu gewählten Zentralvorstand ist erfolgt. Die Erledigung aller Ein- und Ausgänge findet nach wie vor durch das Bureau statt. Die Bureauzeit ist vormittags von 9 bis 1 Uhr, nachmittags von 5 bis 8 Uhr.

Alle Zuschriften sind zu richten an Hermann Weise, Lindenstr. 3, 3. Hof, 3 Treppen.

Die Kassengeschäfte werden vorläufig bis auf weiteres durch Vorgenannten mit erledigt.

Berlin, den 27. Juni 1916.

J. A.: Adolf Hoffmann, erster Vorsitzender.
Burghardt, Obmann der Revisoren.

Änderung beim Bezuge der Altersrente.

Die Altersgrenze für die Erlangung der Altersrente ist vom 70. auf das 65. Lebensjahr herabgesetzt worden. Diese neue Vorschrift ist mit Rückwirkung vom 1. Januar 1916 ab in Kraft getreten. Es können daher alle Versicherten, die das 65. Lebensjahr vollendet, genügend Renten geleistet und die Wartezeit erfüllt haben, den Anspruch auf Altersrente bei dem zuständigen Versicherungsamte anmelden, ohne Rücksicht darauf, ob sie noch erwerbstätig sind oder nicht. Bei der Anmeldung sind mitzubringen: Die letzte Quittungskarte, die Einkommensbescheinigungen und der Taufschein. Für Berlin haben sich die Rentenbewerber bei dem Versicherungsamte der Stadt Berlin, Klosterstr. 63/67, zu melden.

Arbeiterbildungsschule. Sonntag, den 2. Juli, wird wieder eine naturwissenschaftliche Sonntagswanderung veranstaltet.

Und zwar führt diese von Dahmsdorf-Müncheberg über Scharnhöhe, Märkische Schweiz, Ductow zurück nach Dahmsdorf-Müncheberg. Die Weglänge beträgt rund 35 Kilometer, das Fahrgeld insgesamt 2,30 M.

Abfahrt: 6.41 Uhr morgens Bahnhof Friedrichstraße (Hernbahnhof) mit Sonntagsrückfahrkarte 3. Klasse, Treffpunkt: Bahnhof Dahmsdorf-Müncheberg, außerhalb der Bahnsperrung.

Proviant für den ganzen Tag ist mitzubringen; der Ausflug findet bei jedem Wetter statt.

Teilnehmerkarten zu 30 Pf. sind zu haben im Bureau des Bezirksbildungsausschusses (Jugendsekretariat), Lindenstraße 3, sowie in den Bureaus des IV. und VI. Wahlkreises.

Donnerstag, den 29. Juni, abends 8 1/2 Uhr, Fortsetzung der wissenschaftlichen Einzelvorträge. An Stelle des verhinderten Genossen Eduard Bernstein, der erst in der nächsten Woche über die Geschichte der Vereinigten Staaten von Nordamerika reden kann, wird Genosse Ernst-Däumig das Thema: „Der Islam, seine Entstehung, seine Welt und sein Wesen“ behandeln.

Die Vorträge finden im Hörsaal der Schule, Lindenstraße 3, 4. Hof rechts 3 Treppen, statt. Eintrittspreis 10 Pf.

Die Gemeindegewähler Berlins.

In Berlin wird zwar eine neue Gemeindegewählerliste bis auf weiteres nicht aufgestellt, aber die Verechtigung und Fortschreibung der Liste darf selbstverständlich deshalb nicht unterbleiben. Dementsprechend sind dem Wahlbureau des Magistrats auch im Etatsjahr 1915 (1. April 1915 bis 31. März 1916) die Mitteilungen über Zu- und Wegzüge und über Sterbefälle regelmäßig zugegangen, damit diese Änderungen, soweit Wahlfähige daran beteiligt waren, zur Fortschreibung der Wählerliste benutzt werden konnten. Einzutragen sind bei der Fortschreibung auch diejenigen Personen, die bisher noch nicht wahlfähig waren, aber inzwischen das Alter der Wahlfähigkeit erreicht haben. Nach dem jetzt vom Wahlbureau erstatteten Jahresbericht waren diesmal für im Laufe des

Jahres wahlfähig gewordene Berliner und für zugezogene Wahlfähige zusammen 60 099 neue Personenkarten anzufertigen, während für verstorbene Wahlfähige und für weggezogene Wahlfähige zusammen 72 625 erledigte Personenkarten auszufordern waren. Mit hin ist im letzten Jahre die Zahl der Wahlfähigen um 12 526 heruntergegangen. Im vorletzten Jahre wurden 75 475 neue Karten angefertigt und 88 989 erledigte ausgefordert, so daß damals die Wahlfähigen sich um 13 513 verminderten. Darüber, wie groß zurzeit die Gesamtzahl der Wahlfähigen ist, sucht man in dem Bericht, wie alljährlich, vergeblich nach einer Angabe. Die Gemeindegewählerliste für das Jahr 1915 enthielt 416 408 Wähler. Davon gehörten zur ersten Klasse rund 820, zur zweiten Klasse 35 260, zur dritten Klasse dagegen 380 328.

Der Tod im Irrenhause.

Im Laufe eines Kriegs-Verwaltungsjahres sind in den Irrenanstalten Dalldorf, Herzberge, Buch und Busgarten von insgesamt 8061 Kranken nicht weniger als 1082 Kranke verstorben, 626 männliche und 456 weibliche. Von diesen Todesfällen ist aber nur bei etwa dem fünften Teile die Todesursache unmittelbar auf die Geistesstörung zurückzuführen. So starben insgesamt nur 173 Kranke an Hirnkrankheiten und paralytischen Anfällen, nur 19 an Epilepsie (Raserei). An Herzkrankheiten starben 288 Männer, 176 Frauen. Diese hohe Ziffer ist wenigstens bei den Männern hauptsächlich die Folge des Alkoholmißbrauchs. Die übrigen Todesursachen, etwa zwei Fünftel der Gesamtzahl, sind ganz die gleichen und vielseitigen, wie bei Kranken ohne geistige Störungen. An Beobachtungslosten hatte die Stadt Berlin, soweit nicht sonst verpflichtete Personen oder Verbände eintraten, nahezu zehntausend Mark zu tragen.

Ein falscher Kriegsinvalide wurde gestern in der Wilhelmstraße entlarvt und festgenommen. Ein 33 Jahre alter früherer Kaufmann Reinhold Meckel, der schon oft große Betrügereien verübt und bestraft wurde, legte sich jetzt auf den Kriegsschwindel. Ein laihes Wein kam ihm dabei sehr zu statten. Er erzählte den Wirtsleuten, bei denen er bald hier bald da ein Zimmer mietete, viel von seinen Heldentaten, bis ein Weinschuh ihn kriegsuntauglich gemacht habe. Aus einem rheinischen Lazarett entlassen, sei er jetzt nach Berlin gekommen, um sich eine neue Existenz aufzubauen. Daß es ihm vorerst nicht besonders gut gehe, glaubten die Leute ihm gern. Das Mitleid trieb sie, ihren Mieter nicht nur Kostgeld und Miete zu summen, sondern ihn auch noch mit barem Darlehen in der Hoffnung auf bessere Zeiten zu unterstützen. Zum Dank dafür erbrach der Schwindler ihnen, sobald sie nicht zu Hause waren, die Behältnisse und stahl ihnen alles, was er für mitnehmenswert hielt. Früher konnten ihm zwölf solcher Streiche, bei denen er oft erhebliche Beträge erbeutete, nachgewiesen werden. Gestern hatte sich Meckel wieder unter einem falschen Namen in der Wilhelmstraße eingemietet. Die Wirtsleute, durch Warnungen mißtrauisch geworden, erkannten ihn zwar nicht bestimmt, veranlaßten aber bei der Anmeldung die Revierpolizei, sich ihren Mieter etwas näher anzusehen. Zufällig war ein Kriminalbeamter da, der Meckel schon kennt. Er wußte gleich, mit wem er zu tun hatte, und nahm den Schwindler fest. Der Verhaftete legte dann auch ein Geständnis ab und wurde dem Untersuchungsrichter vorgeführt.

Von einer Feldbahn überfahren und getötet wurde gestern nachmittags eine etwa 40 Jahre alte Dame vor dem Hause Genthiner Straße 20. Sie wurde zunächst nach dem Elisabeth-Krankenhaus in der Litowstraße gebracht, hier konnte aber nur der Tod festgestellt werden.

Die Waldheilungshäuser im Kriege.

Seitdem im Jahre 1900 durch die Abteilung des Volkshelldienstvereins vom Roten Kreuz die erste Waldheilungshäuser in der Jungfernhöhe errichtet worden ist, hat sich die Zahl gleichartiger Anstalten für Männer, Frauen und Kinder in Groß-Berlin ständig vermehrt, so daß in den letzten Jahren täglich über 2000 Personen Freiluftkuren gewährt werden konnten. Trotz der durch den Krieg bedingten Schwierigkeiten, der Einziehung von Ärzten, Schwestern und Vorstandsmitgliedern wurde der Betrieb aufrechterhalten. Zwei Anstalten sind unmittelbar in den Dienst der Kriegsverwaltung gestellt worden. Weil ein gleiches bei vielen Lungenheilstätten der Fall ist und sich dementsprechend dort die Zahl der Behandlungspätze für Zivilpersonen verringert hat, haben die Waldheilungshäuser erhöhte Bedeutung gewonnen. Da sie sich vornehmlich auf den Tagesbetrieb beschränken, können sie nämlich verhältnismäßig viele Patienten aufnehmen und bieten so beinahe als einzige Anstaltsform einen hochwertigen Ertrag. Dies zeigt sich nicht nur in den zahlreichen Ueberweisungen durch die Organe der sozialen Versicherung, sondern auch durch die Gesuche um Freistellen. Komten deren in vorigen Jahre noch mehrere hundert gewährt werden, so wird das jetzt durch die erhöhten Lebensmittelpreise schwieriger. Bei dem immer noch niedrigen Tageslohn von 1,20 bietet sich hier eine schöne Gelegenheit, durch Stistung von Freiplätzen bedürftigen Kranken beizustehen.

Aus der Selbstmordchronik. Auf dem Schlessischen Personenbahnhof, Bahnsteig E, warf sich in der vergangenen Nacht um 11,30 Uhr ein der mittleren Ständen angehörender, etwa 45 bis 50 Jahre alter Mann vor einen einfahrenden Stadtbahnzug. Mit schweren Kopfverletzungen brachte man den Bewußtlosen nach dem Krankenhaus am Friedrichshain.

Aus dem nördlichen Westen des Westhafens landete man gestern nachmittags die Leiche einer 40 bis 50 Jahre alten Frau, deren Persönlichkeit noch nicht festgestellt werden konnte.

Die Buchdruckerin Elise P. Iprang gestern morgen aus einem Fenster ihrer Wohnung in der Blankenfeldestraße vier Stockwerke tief auf den Bürgersteig hinab. Der Tod trat infolge Schädelbruchs auf der Stelle ein. Schwermut hatte die Frau zu dem letzten Schritt veranlaßt.

Die 18 Jahre alte Arbeiterin Hedwig S. atmete gestern, abend in der mütterlichen Wohnung in der Swinemünder Straße Leuchtgas ein; sie fand in schwerem Zustand im Sirchow-Krankenhaus Aufnahme.

Aus unbekanntem Gründen sprang gestern abend der 19 Jahre alte Arbeiter Richard G. aus Neudöln vor dem Hause Kottbuser Ufer 39/40 in den Landwehrkanal und ertrank. Die Leiche konnte noch nicht geborgen werden.

Weil sie sich mit den Nahrungsmitteln nicht mehr durchsah, hat die 74 Jahre alte Klempnerfrau Pauline K. aus der Holzmarktstraße Hand an sich gelegt. Die alte Frau klagte den Hausgenossen wiederholt, daß sie mit den vielen Karten nicht mehr zurecht komme. Sie lenne sich gar nicht mehr aus und möchte sich am liebsten das Leben nehmen. In der Tat haben wohl die Schwierigkeiten ihren Geist verwirrt, und in einem Anfälle erhängte sie sich gestern in ihrer Wohnung mit einer Federkammer an der Stubentür. Als ihr Mann heimkehrte und sie auffand, war sie schon tot.

Das Opfer eines Straßenunfalls ist der 5 Jahre alte Sohn Hans des Arbeiters Gidler aus der Adlerstraße 10 geworden. Der Kleine wurde am vergangenem Sonnabend von einem Kraftwagen überfahren und so schwer verletzt, daß er gestern im Hedwigskrankenhaus starb. Er hatte einen Schädel- und einen Oberschenkelbruch erlitten.

Aus dem Westhafen gelandet wurde gestern die Leiche einer etwa 50 Jahre alten unbekanntem Frau, die ihrem Keüßeren nach wohl dem Arbeiterstande angehörte. Die Ertrunkene ist 1,50 Meter groß und schlank, hat ein schmales Gesicht und grau meliertes Haar.

und trug einen blauen Rock mit schwarzen und weißen Streifen, eine rote Bluse mit gelben und grünen Blumen und einen Spachteltrager und eine Küchenschürze.

Die Zentralkasse für den Gemüsebau im Kleingarten Berlin W 8, Behrenstr. 50/52, stellt kostenlos den Kleingartenbesitzern drei wichtige Werkblätter zur Verfügung. In dem einen werden wertvolle Gesichtspunkte für die demnächstige zweite Bestellung des Gartens im laufenden Jahre gegeben. Die andern enthalten praktische Ratsschläge für die Verwertung und das Trocknen der Gartenerträge.

Aus den Gemeinden.

Stadtverordnetenversammlung in Schönberg.

Die Versammlung am Montag beschäftigte sich noch einmal mit dem am 1. Juli in Kraft tretenden Kriegsteuerungsanlagens für die städtischen Arbeiter und Beamten. Genosse Mohs wünschte, daß auch den Ledigen ohne eigenen Hausstand mit einem Einkommen von über 2000 M. bis 3000 M. die Zulage gewährt wird, da diese Personen auf das Wirtschaftsleben angewiesen sind und demzufolge alles viel teurer bezahlen müssen. Auch den im August-Viktoria-Krankenhaus beschäftigten Personen geht es ebenso. Während Kerzen und Schwestern Erhöhungen zugestimmt wurden, obwohl sie volle Verpflegung bekommen, sollen dagegen Wärter, Hausdiener und Mädchen davon ausgeschlossen werden. Ferner wird ein Teil Personen in städtischen Diensten beschäftigt, die bis vor Ausbruch des Krieges bereits 6 bis 8 Jahre beschäftigt waren, ohne Lohnerrhöhung oder Teuerungszulagen erhalten zu haben; auch da sollten endlich einmal geordnete Zustände eintreten. Die sozialdemokratische Fraktion beantragte, allen diesen Personen die Kriegsteuerungszulage zu gewähren.

Bürgermeister Plankenstein erwiderte, daß Kerzen und Schwestern zu der Stadt in einem ganz anderen Vertragsverhältnis stehen. Die Schwestern erhalten auch nichts, ihnen ist nur eine besondere einmalige Remuneration gewährt worden. Die Hilfsarbeiter über 2000 M. müßten ausscheiden, denn die könnten eber auskommen. Die Personen, die vor Ausbruch des Krieges schon beschäftigt waren, als ständige aber nicht übernommen werden können, haben erhebliche Lohnzulage erhalten. Die im Krankenhaus in Verpflegung stehenden Personen haben bereits reichliche Verpflegung, so daß von einer Entlohnung Abstand genommen werden muß. Welter (Lib. Fr.) erklärte, daß die Anträge bereits einmal abgelehnt wurden, es sei zwar möglich, daß Irrtümer vorgekommen, dies dürfe aber kein Anlaß sein, die Vorlage zu verwerfen. Er empfiehlt, die Vorlage anzunehmen und die erneut gestellten Anträge dem Staatsauditschuh zu überweisen. Die Mehrheit der Versammlung stimmte dem zu.

Dem Pflanzerverein „Ideal“ wurde bewilligt, die Pacht für das letzte Halbjahr zu erlassen.

In der vorigen Stadtverordnetenversammlung war beschlossen worden, den bei der Straßenreinigung beschäftigten weiblichen Arbeitkräften 25 M. Wochenlohn zu geben. Der Magistrat ist dem nicht beigetreten, sondern kam erneut mit der Vorlage, pro Stunde nur 40 Pf. zu gewähren. Genosse Käter erklärte, wenn nun einmal ein Beschluß durch die Unachtsamkeit mehrerer bürgerlicher Stadtverordneter zu stande gekommen sei, der den Magistrat unangenehm berührt, dann sollte der Magistrat doch so viel Vornehmheit besitzen und den abgeänderten Beschluß stillschweigend anerkennen. Die angelegliche Eingabe einzelner Gemeinden besieht doch nur darin, daß sie einig sind, wenn es gegen die Arbeiter und deren Forderungen geht. Auch könne das kein Grund sein, einen Beschluß der Versammlung als nicht gültig zu beachten, weil ein Teil der Stadtverordneter ihre Privatgespräche für wichtiger halten, als die Vorlagen des Magistrats. Dieser Umstand der geringen Beachtung sollte schon ein Anlaß sein, darauf nicht mehr zurückzukommen und den Wochenlohn von 25 Mark zu Recht bestehen zu lassen. Die sozialdemokratische Fraktion betrachte die neue Vorlage als nicht gegeben und hält an dem in voriger Sitzung gefassten Beschluß fest. — Schiller (Lib. Fraktion) erklärte es für richtig, daß in der Deputation beschlossen wurde, 25 M. Wochenlohn zu zahlen, aber das jetzige Material ist doch recht minderwertig, so daß man derartige hohe Löhne nicht zahlen könne. Die Liberale Fraktion lehne den erhöhten Wochenlohn ab und stimme dem 40-Pf.-Stundenlohn zu. — Nachdem noch die Genossen Peterion und Hoffmann energisch den Standpunkt der sozialdemokratischen Fraktion vertreten und Oberbürgermeister Dominicus den übereinstimmenden Beschluß der westlichen Städte in dieser Frage erwähnte, wurde die Magistratsvorlage, die 40 Pf. Stundenlohn vorsieht, angenommen.

Bürgermeisterwahl in Pankow. Zum Nachfolger des gefallenen Bürgermeisters Auhr wurde gestern Bürgermeister Dr. Walli aus Bergedorf bei Hamburg mit 17 von 28 Stimmen gewählt. Neun Stimmen entfielen auf den derzeitigen stellvertretenden Gemeindevorsteher Beigeordneten Stawig.

Aus aller Welt.

Zu viel Fleisch auf dem Lande.

Der Kölner Erzbischof wendet sich mit einem neuen entschiedenen Erlaß an die Bauern. Die Ungleichheiten in der Lebensmittelforschung erregen nicht geringen Unmut. Während die landwirtschaftliche Bevölkerung mit Fleisch, Fett, Butter, Milch, Eier usw. noch reichlich versehen sei, entbehre sie die städtische und industrielle Bevölkerung zeitweilig ganz oder müsse sich doch die größte Einschränkung auferlegen. Der Erzbischof verlangt die Unterlassung eines mehr (1) als ein- bis zweimaligen Fleischgenusses an den Tagen, an denen Fleischkost erlaubt ist. Der Erlaß möge in Versammlungen und durch Kirchpredigten dafür sorgen, daß die Bauern ihre überflüssigen Vorräte gegen Entgelt abliefern.

Freispruch einer vierfachen Mörderin.

Wegen vierfachen Mordes hatte sich am Montag die Witwe Paula Pfeiffer aus Gotha vor dem dortigen Schwurgericht zu verantworten. Sie hatte am 6. und 7. April vorigen Jahres ihren Ehemann und drei ihrer Kinder erschossen und das vierte Kind zu töten versucht. Sie wurde aber freigesprochen, da sie durch das ehebrecherische Verhalten ihres Mannes und die fortgesetzten Mißhandlungen ihrer Person und ihrer Kinder die Tat in einem Zustande krankhafter Geistesstörung begangen hat, die ihre freie Willensbestimmung aufhob.

Stuttat eines Urlaubers. In Hamburg erschloß der auf Urlaub weilende Soldat, Schlächtergehilfe Rentles, ein 44-jähriger Mann, seine frühere Braut, die Gastwirtin Sternberg, in ihrer Wirtshaus in der Weststraße. Die Frau hatte ihm nach und nach fast ihr ganzes Vermögen geopfert, indes wurde die Verlobung vor mehreren Monaten gelöst. Rentles selbst brachte sich einen tödlichen Schuß in die linke Schläfe bei.

Verhängnisvolle Spielerei mit einer Sprengpatrone. Ein nach Leipzig beurlaubter Pionier hatte aus dem Felde die Sprengpatrone zu einer Granate mitgebracht. Als er am Sonntagmorgen in seiner Wohnung mit ihr hantierte, explodierte sie, riß ihm zwei Finger der linken Hand ab und verletzte ihn noch schwer an der rechten Hand und im Gesicht.

Ein Anabenmord in Frankfurt a. M. Vor vierzehn Tagen verschwand der elfjährige Sohn des Landwirts Haefel in Oberheiden bei Homburg v. d. H. Der Knabe wurde nach mehreren Streifen endlich acht Tage später in einem Kornader tot aufgefunden. Zuerst neigte man zur Annahme eines Selbstmordes des eigenartigen Jungen, dessen Körper zwei Schußwunden aufwies. Bei weiteren Untersuchungen, namentlich der Schußwunden, ergab sich, daß ein Mord vorliegt, und daß der tödliche Schuß aus einem der gefundenen Gewehre abgegeben sein muß. Von dem Täter fehlt bisher jede Spur.

Ein Vater mit seinen vier Kindern verbrannt. In Schillerdorf (Kreis Ratibor) brannte in einer der letzten Nächte ein altes baufälliges Gebäude nieder, in dem sich der auf Urlaub befindliche verwitwete Bergmann Olfcher mit seinen vier Kindern aufhielt. Alle fünf Personen fanden den Tod in den Flammen. Ueber die Ursache des Unglücks ist nichts bekannt.

Ein schweres Bootunglück, bei dem zwei Personen den Tod fanden, hat sich Sonntag auf dem Ruppiner See ereignet. In der Nähe der Lanke schlug eine hochgehende Welle in ein Ruderboot und brachte es zum Kentern. Die beiden Insassen, der Klavierspieler Knabe und die 23jährige Schneiderin Uter, stürzten ins Wasser, gingen sofort unter und ertranken.

Schweres Annetter in Norditalien. Laut Mailänder Blättern müdete am Montag in der Provinz Ravara ein heftiger Orkan. Die Stadt liegt unter Wasser. Im ganzen Reisfeldgebiet einschließlich Ravara, Vercelli und Romellina richtete der Hagel schweren Schaden an.

Ein gewaltiges Werk. Aus Moosburg (Oberbayern) schreibt man der „Eld. Ztg.“: Die Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft in Berlin plant den Bau eines großen Elektrizitätswerks. Sie will die Starkkräfte bis hinunter nach Matting in Niederbayern ausbauen und mit zwei großen Stauwerken 80 000 Pferdekraft sammeln. Der betonerte Niesenkanal soll von Brudbergerau bis zur Mündung der Isar in die Donau in sieben Gefällstufen 73 Kilometer lang werden und an jeder Stufe ein Kraftwerk mit 9—14 000 Pferdekraften erhalten. Das ganze Werk soll in der Hauptsache chemischen Fabriken dienen, die ihre Erzeugnisse dann auf der Donau verfrachten können.

Kinderveranstaltungen.

Steglich. Heute Kinderausflug nach dem Grunewald. Treffpunkt nachmittags 2 1/2 Uhr am Bahnhof Steglich. Haltestelle der Grunewaldbahn. Rundvortrag ist mitzubringen. Bei schlechtem Wetter im Jugendheim.

Parteiveranstaltungen.

Kriegsdenkmal. Donnerstag, den 29. Juni, außerordentliche Mitgliederversammlung im Lokal von Eubrdral, Berliner Straße 98. Referent Gemeindevorordneter Emil Dehler spricht über: „Die Lebensmittelforschung in Friedrichsfelde“. Beginn der Versammlung pünktlich 9 Uhr abends.

Eingegangene Druckschriften.

Vom Stürmen, Sterben, Auferstehn. Kriegsgebilde von Rudolf Verkop. 145 Seiten. Geb. 2 M. — Politik. Von Prof. Dr. Fritz Stier-Somlo. 175 Seiten. Geb. 1,25 M. — Die Einheitschule und freie Bahn dem Talent. Von Rudolf Bloch. 78 Seiten. Geb. 1,20 M. Verlag Quelle u. Meyer, Leipzig. Albanens Zukunft. Politische Ermüdungen, theoretische Betrachtungen, praktische Vorschläge. Von Dr. Max Müller. Preis 1,80 M. — Die Bodenfrage im neuen Reich. Von Dr. R. Condermann. Preis 1 M. Verlag Ernst Reinhardt, München. Das deutsche Volk. Beiträge zur Geschichte, Volkswirtschaft und zur Verwaltung. Von Otto Rehter. 240 Seiten. Fr. 4,80 M. — Die Vorkämpfer und Vorkämpfer. Beiträge zur Geschichte, Kultur und Volkswirtschaft unter Berücksichtigung der deutschen Besetzung Ostlands und Ostens. Von Otto Rehter. 240 Seiten. Preis 4,80 M. — Innere Kolonisation oder landwirtschaftlicher Großbetrieb nach dem Weltkrieg? Von Karl Vank. Fr. 1,25 M. — Die Belgische Spitz. Ein Buch für den deutschen Staatsbürger. Von Dr. Hans Kullmer. 80 Seiten. Fr. 1,60 M. Verlag Cullammer u. Wählbrecht, Berlin W 66. Militärische Vorbereitung der Jugend. Von F. J. Busch. Preis 45 Pf. Volkvereins-Verlag G. m. b. H., P. Gladbach. Russische Köpfe. Von Prof. Dr. Theodor Schiemann. Preis 1 M. Verlag Ullstein u. Co., Berlin SW 68.

L'Epanouissement de l'Allemagne et l'Hégémonie prussienne. Von Charlotte K. van Wenen. 1916. — The Supreme Will or the danger of a premature peace. 1916. Markius Nijhoff, Libraire Editeur, 9 Range Boorhout, Haag.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Zeitschrift findet für Abonnenten Standort. S. IV. Hofstraße, Postfach, am Montag bis Freitag von 4 bis 7 Uhr, am Sonnabend von 6 bis 6 Uhr Mitt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Antrage ist ein Aufsatz und eine Zahl als Wertzeichen beizufügen. Briefliche Anträge werden nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnementsentwärtung beigelegt ist, werden nicht beantwortet. Eilige Fragen trage man in der Zeitschrift von, Verträge, Schriftstücke und dergleichen bringe man in die Zeitschrift mit.

C. R. 97. Zentralrentenkasse für Frauen und Mädchen in Offenbach a. M., Erbsenwallung Berlin: Wilhelm Hinz, Bringenstraße 66. — B. R. 80. Erlaubnisse Sie sich bei den dortigen Kreisverwaltungen. — Otto und Er. Erlaubnisse Sie durch den Arbeiterrentenbund, Vorsitzender Max Sellheim, SO. 26, Rannstraße 2. — J. B. R. 1916. Soll bei Zusammenstößen die persönliche Befahren mindern. — Wilma 100. Wahrenstraße 11/12. 10—3 Uhr. — Fritz B. I. R. R. 1. Diese Beilage steht dem Kompanieführer zu. Sie können aber, wenn diese Beilage Ihnen ungenügend erscheint, Beschwerde beim nächsten Vorgesetzten erheben. 2. Offizieren und Mannschaften. 3. Der Beschwerdebeweg ist der gleiche wie in Friedenszeiten. 4. Wenn Sie den Befehl erhalten, sind Sie dazu gezwungen. — G. Sch. Eine generelle Verfügung darüber ist uns nicht bekannt. Das ist jedenfalls den einzelnen Stellen überlassen. Sie können aber doch deswegen Anfrage beim Vorgesetzten stellen. — 100. Sch. Sie können Schadenersatz von der Mutter verlangen, eventuell durch Klage. — G. R. 1884. Nach § 19 des Einkommensteuergesetzes sind Sie um eine Stelle herabgesetzt, weil Sie zwei minderjährige Kinder haben. — G. P. 11. Bei dem von Ihnen angegebenen Einkommen besteht eine Verpflichtung zur Zahlung der Kirchensteuer nicht. Es müßte also dagegen Einspruch erhoben werden. — R. R. Klein. — S. I. Die Kriegswitwen- und Waisenrente ist für die Familien an allen Orten gleich. Die Frau eines Gemeinen erhält 100 M. und jedes Kind 188 M. Rente jährlich. — S. C. R. Sie sind auch zur Staatsrentenrente verpflichtet, können allerdings Antrag auf Ermäßigung in Rücksicht auf den doppelten Wohnort stellen. — Frida 20. Die Söhne sind zum Unterhalt der Mutter verpflichtet. Sie können erst durch Klage dazu gezwungen werden. Gegen den Antrag der unterhaltspflichtigen Mutter könnte aber die hiesige Gemeinde Einspruch erheben. — Juli 1916. Sie müßten zu diesem Zweck einen Vertrag beim Notar machen. — G. R. 1. Kommunalsteuer kann in beiden Orten von Ihnen erhoben werden. Staatsrentensteuer zu zahlen sind Sie jedoch nur einmal verpflichtet. 2. Da ein voller Jahresabstand im vorigen Jahre als Grundlage zur Einkünfteveranlagung vorliegt, so wird die Steuer nach dem jetzigen Einkommen veranlagt. 3. Sie könnten um Herabsetzung der Steuer in Rücksicht auf die doppelte Haushaltsführung ersuchen. — S. 3. 390. Ja. — H. 101. Anspruch auf die Kriegswitwenrente haben nur Frauen von Kriegsteilnehmern. — G. G. 32. Wir würden Ihnen empfehlen, auch gegen die Staatsrentensteuer Reklamation einzureichen, und zwar unter Hinweis darauf, daß Sie die Lohnbescheinigungen bereits der Reklamation zur Gemeindefiskussteuer beigelegt haben. — H. 7. No. — H. 2. 22. Das Geld steht sicher. — H. M. 75. Werden Sie sich an Redaktion „Der freie Händler“, Max Blahn, Berlin O., Grubenstraße 16. — H. 2. 100. Leipziger Volksgesung, Leipzig, Tauchaer Straße 19—21. — G. Sch. 17. Eine solche Hochschule existiert nicht. Damit erledigen sich die übrigen Fragen.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Donnerstag mittag. Warm und schwül, zeitweise aufflarend, jedoch vorwiegend trübe und im Südwesten meist geringe, in den anderen Gegenden etwas stärkere Regenschauer; frühweisse Gewitter.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Vorwaltungsstelle Berlin. Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Kollege, der Revolverdreher

Hermann Lau

Romerstr. 14 am 25. Juni gestorben ist. (Seine letzten Andenken!) Die Einäscherung findet am Donnerstag, den 29. Juni, nachmittags 3 Uhr, im Krematorium, Gerickestraße 37/38, statt. Reges Beileidigung erwartet. 119/4 Die Ortsverwaltung.

Kurt Willmann

Als Opfer des Weltkrieges fiel am 15. Juni 1916 unser lieber, hoffnungsvoller Sohn, unser guter Bruder Kurt Willmann Pionier-Regiment 85, 2. Komp., im 30. Lebensjahre. 1444 In tiefer Trauer Rudolf Willmann und Frau. Charlotte u. Werner, Geschwister. Pankow, Schulze 22.

Kurt Frieß

Als Opfer des Weltkrieges fiel am 15. Juni 1916 unser lieber, hoffnungsvoller Sohn, unser guter Bruder Kurt Frieß Pionier-Regiment 85, 2. Komp., im 30. Lebensjahre. 1444 In tiefer Trauer Rudolf Willmann und Frau. Charlotte u. Werner, Geschwister. Pankow, Schulze 22.

Allen Verwandten und Freunden

den die traurige Mitteilung, daß unser lieber, einziger Sohn

Kurt

im Alter von 16 Jahren am Sonntag am Herzleiden plötzlich verstorben ist. 6798 Die Beerdigung findet am Donnerstag, nachmittags 5 Uhr, von der Halle des Freireligiösen Friedhofes, Pappelallee, aus statt. Die trauernden Eltern Anna und Artur Frieß.

Kurt Frieß

Allen Verwandten und Freunden die traurige Mitteilung, daß unser lieber Kollege und einziger Mitarbeiter 284/20

Kurt Frieß

im jugendlichen Alter von sechzehn Jahren verstorben ist. Wir werden sein Andenken allezeit in Ehren halten! Die Arbeiterjugend Schönhauser Vorstadt. Die Beerdigung findet morgen Donnerstag, 5 Uhr nachm., auf dem Friedhofe der Freireligiösen Gemeinde, Pappelallee, statt.

Kranz- u. Blumenspenden

Turnstraße 56 Dabers (Sonne und Blüte) Reabitt 6134.

Blumen- und Kranzbinderei

von Robert Meyer, Jnb.: P. Gollatz Mariannenstr. 3. Tel. Mpl. 26

Vollfetter echter Holländer Käse

BUTTER

Pfd. 200 Pfg.

in allen FILIALEN der HANDLUNG

LORELEY

Spezialgeschäfte für Butter, Eier, Käse, Margarine.

Das zustehende Quantum Butter wird garantiert!